

Es sind immer die gleichen: die, die Arbeitsplätze vernichten und das Klima killen!

Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG), Aufruf von GewerkschafterInnen zur Unterstützung des globalen Klimastreiks am 29. November und der Aktionen von Ende Gelände!, Infomail 1078, 19. November 2019

Die

Klima-Protteste bringen das Land und die ganze Welt in Bewegung und ein Großteil unserer Gewerkschaften unterstützen sie. Das ist gut so!

Denn die

eigentlichen Verursacher der Klimakatastrophe, die großen Konzerne – seien es die Energie- oder die Automobilkonzerne – interessiert es nicht, ob sie die Umwelt zerstören und damit die ganze Menschheit in eine existentielle Krise stürzen. Für sie zählt nur der Profit.

Aber die

Realität ist auch, dass viele Betriebs- und Personalräte und große Teile der Belegschaften jede Umweltsünde mitmachen, wenn die Unternehmen mit Arbeitsplatzvernichtung drohen. Dann werden weiter Wälder für

Braunkohle

abgeholzt, Kernkraftwerke weiterbetrieben und dicke Verbrennermotoren in überdimensionierte SUVs gebaut.

Die Realität

ist, dass aus solchen Betrieben so gut wie keine Mobilisierung zum Klimastreik

am 20.9. stattgefunden hat und es gab schon früher die Bilder vom Hambacher

Forst, als ArbeiterInnen gegen die DemonstrantInnen standen. Beim „Kohlegipfel“

der Bundesregierung stimmten auch die VertreterInnen einem extrem späten

Ausstieg und Milliardensubventionen für die Konzerne zu.

So bleibt von

der Solidarität mit der globalen Umweltbewegung und den Aktionen von Friday for

Future nur ein Lippenbekenntnis mit schalem Beigeschmack.

Verantwortlich

dafür sind auch die Führungen der großen Gewerkschaften wie der IG Metall und

der IG BCE, die den notwendigen Kampf gegen die zunehmenden zerstörerischen

Auswirkungen der fossilen Energieerzeugung und der Autoindustrie (um nur die

Augenscheinlichsten anzuführen) gegen den Erhalt von Arbeitsplätzen stellen,

selbst wenn sie bei anderen Gelegenheiten von „ökologischer Erneuerung“ und

Maßnahmen gegen den Klimawandel sprechen. Und damit die Durchsetzung dieser

beiden Ziele in den Augen der meisten Beschäftigten als unüberwindbaren Widerspruch hinstellen. Das führt auch dazu, dass GewerkschafterInnen bei Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Seiten stehen. Während die IG BCE zusammen mit RWE Pro-Kohleabbau-Demos organisierte, unterstützte ver.di (richtigerweise) die Gegendemo.

Diese Spaltung wollen und müssen wir aber überwinden. GewerkschafterInnen dürfen sich nicht länger vor den Karren „ihrer“ Unternehmen spannen lassen. Wenn jetzt die Unternehmen mit der Vernichtung von zehntausenden Stellen drohen, dann werden dieses Problem und der Druck noch größer. Alle Konzernzentralen begründen den Abbau mit der Konjunktur, aber alle, die das irgendwie können, schieben die Schuld auf die Klimabewegung und die „Politik“, die angeblich nicht im Interesse der Arbeitsplätze entscheide.

Das ist verlogen und dagegen wehren wir uns: alle Bundesregierungen haben immer Gesetze nach dem Wunsch der Unternehmen gemacht, besonders aber für die Autoindustrie und die Energie-Branche. Genau deshalb wurden die Klimaziele, die auf einem anderen Papier standen, nicht erreicht, während e.on, RWE, EnBW und Vattenfall der Ausstieg aus Atom und Braunkohle mit Milliarden geschenkt

vergoldet wurden.

Diese Zugeständnisse an die Profitinteressen retten letztlich auch keine Arbeitsplätze, sondern verschärften nur die ökologische Krise und treiben außerdem einen Keil zwischen die Lohnabhängigen.

Wenn die IG

Metall als größte Industriegewerkschaft verlangt, dass „die Transformation ökologisch und sozial sein soll“, dann ist das Ziel richtig. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass die Unternehmen solange sie können die Umwelt schädigen, wenn es Profit bringt. Genauso wie sie alle anderen Kosten ihrer Entscheidungen auf die Gesellschaft abwälzen, von den krankmachenden Arbeitsbedingungen bis zur Arbeitslosigkeit, wenn das ihre Kassen klingeln lässt.

Die

SchülerInnen haben richtig erkannt, dass Demos, die niemand weh tun, die politisch Verantwortlichen nicht beeindrucken. Sie haben mit Schulstreiks begonnen. Am 20.9., dem internationalen Streiktag kam plötzlich die Frage auf, ob Gewerkschaften ebenfalls zum Streik aufrufen, ob das erlaubt sei. Am 29. November findet der nächst globale Aktionstag statt – und die Gewerkschaften sind gefordert, diesen nicht nur verbal, sondern durch betriebliche Aktionen und Arbeitsniederlegungen zu unterstützen.

Wir sagen, es ist nötig: Es ist nötig, weil die Unternehmen nicht einfach weiter Entscheidungen auf Kosten unserer Zukunft fällen dürfen! Es ist nötig, weil die Regierungen nicht weiter die Unternehmen finanziell entlasten dürfen! Es geht nicht nur um Demos während der Arbeitszeit, es geht um die Wahrnehmung des politischen Streiks, um den nötigen ökonomischen und politischen Druck ausüben zu können. Dazu braucht es eine Perspektive, die den Kampf gegen den Klimawandel als Teil des Kampfes für die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung begreift. Wir treten dafür ein:

- umweltschädliche Produktion zu stoppen, den schnellst möglichen Ausstieg aus dem Braunkohletagbau durchzusetzen und die Beschäftigten ohne Einkommensverlust umzuschulen.
- die Entscheidungen über Forschung und Entwicklung offenzulegen und betrieblich und gesellschaftlich durch die lohnabhängigen Beschäftigten und KonsumentInnen zu kontrollieren.
- Arbeitsplatzverlagerung zu blockieren und Betriebsschließungen zu verhindern
- eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden sofort bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchzusetzen

- eine Konversion durchzusetzen, die nicht auf Kosten der Arbeitsplätze geht, sondern die Beschäftigten in diesen Prozess einbeziehen. Denn sie verfügen über das Know-how wie zukünftige umweltfreundliche Arbeitsplätze aussehen können.
- die Kapitalsteuern massiv zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.
- die großen Konzerne unter Kontrolle der Beschädigten zu enteignen, um einen demokratischen Plan zum ökologischen Umbau der Produktion und der Infrastruktur durchzusetzen!

Wir fordern die
DGB-Gewerkschaften auf, am 29.11. den globalen Klimastreik zu unterstützen und
sich mit den Aktionen von „Ende Gelände“ vom 29.11. zum 1.12.
zu
solidarisieren!

Vernetzung für
kämpferische Gewerkschaften (VKG), verabschiedet am 10.11.2019

Sozialismus oder Planet B!

Die Umweltbewegung antikapitalistisch machen!

Markus Lehner, Neue Internationale 242, November 2019

Wir befinden uns in einer globalen Notfallsituation – so verkündet es Greta Thunberg unermüdlich. Und sie hat Recht! Dabei hätte es nicht der unzähligen jungen Menschen bedurft, um dies zu erkennen. Seit Jahren verdichten sich die wissenschaftlichen Belege für die Anhäufung globaler ökologischer Probleme, von denen der menschenbewirkte Klimawandel nur das gravierendste ist. Es hätte gereicht, die ausführlichen Berichte des UN-Weltklimarates IPCC und seiner tausenden WissenschaftlerInnen zu lesen, um die Dramatik der Situation zu verstehen.

Inzwischen ist der Zusammenhang des Anstiegs menschenverursachter Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre (CO₂, CH₄, N₂O,...) mit der kontinuierlichen Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur theoretisch verstanden, experimentell überprüft und durch langjährige Beobachtung bestätigt. Eine Leugnung dieses Zusammenhangs hat wissenschaftlich gesehen das Niveau der

Hohlwelttheorie oder ähnlicher Hirngespinnste. Damit gibt es auch sehr gut belegte Modelle über die langfristige Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur je nach weiterem Anstieg der Treibhausgasemissionen. Gegenüber dem Beginn der Industrialisierung hat sich diese mittlere Temperatur bereits um mehr als ein Grad erhöht, allerdings mit einer Tempozunahme in den letzten Jahrzehnten (jetzt bei 0,2 Grad pro Jahrzehnt).

Zunehmende Dramatik

Da der Abbau der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nur sehr langsam vor sich geht, erfordert ein Gegensteuern gegen den Erwärmungstrend immer entschiedeneren Maßnahmen zur Einsparung von Nettoneuemissionen (ein Teil der Neuemissionen wird ja durch natürliche oder technische Systeme absorbiert). Wurden 2010 weltweit etwa 40 Gigatonnen CO₂ netto emittiert, so erfordert die Begrenzung der mittleren Temperaturerhöhung bis 2100 auf 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit (das „Pariser Klimaziel“), dass dieser Nettobetrag bis 2030 auf unter 20 Gigatonnen und bis 2050 auf die Nettonull reduziert wird – dies allerdings immer noch mit dem

Risiko von 50 %, dass der Temperaturanstieg höher liegen kann, also immer noch z. B. die 2-Grad-Grenze übersteigt.

Diese

Temperaturdurchschnittswerte, ihre langfristigen Tendenzen und die so

definierten Grenzwertüberlegungen sind deswegen so wichtig, da sie unmittelbar

mit schwerwiegenden klimatischen Veränderungen zusammenhängen.

Aufgrund der

ungleichen Verteilung dieser Temperaturerhöhungen weltweit sind bestimmte

Regionen härter betroffen als andere. So ist insbesondere die Veränderung der

polaren Regionen dramatisch. Inzwischen schmilzt z. B. die Eisdecke im

Nordpolarmeer im Monat Februar jede Dekade um 2,7 % mit zunehmender

Tendenz, wobei die Durchschnittstemperatur am Nordpol mit doppelt so hoher Geschwindigkeit

wie global steigt. Die Auswirkungen auf Klima, Meeresströmungen und -spiegel

sind dramatisch. Die polare Erwärmung führt in subpolaren Gebieten zum Auftauen

des Permafrostbodens, wodurch große Massen an zusätzlichen Treibhausgasen (z. B. Methan)

freigesetzt werden. Gleichzeitig nehmen in (sub-)tropischen Regionen

Dürrephänomene zu. So bewirkt die Klimaveränderung inzwischen z. B. ein

periodisches Zusammenbrechen der Luftströmungen, die bisher die Dürreperioden

für tropische Regenwälder abgemildert haben. Dies führt z. B. im

Amazonasbecken zu einer extremen Zunahme von Waldbränden, die

noch durch Agro- und Bergbauindustrie verstärkt werden. Gerade die tropischen Regenwälder, bisher einer der wichtigsten globalen CO₂-Speicher, geraten immer näher an Kipppunkte, wo tendenziell große Teile davon zu versteppen drohen. Besonders was diese zentralen Ökosysteme (Polargebiete, tropische Regenwälder) anbetrifft, macht die Frage der 1,5-Grad-Grenze einen entscheidenden Unterschied aus. Bei 2 Grad wird das Risiko, die besagten Kipppunkte zu überschreiten, enorm groß.

Natürlich wird auch ein Planet mit höherem Meeresspiegel, ausgedehnten Wüsten in den tropischen Regionen, Zusammenbruch bisher für landwirtschaftliche Nutzung wichtiger Flächen usw. irgendwie weiter für Menschen bewohnbar sein. Er wird aber kaum mehr für die heutige Zahl an Menschen eine nachhaltige ökologische Basis für mehr als Subsistenz bieten. Die Klimafolgen werden Unbewohnbarkeit bestimmter Regionen, Zusammenbruch der Versorgungsbasis vieler Länder und damit Massenflucht und noch mehr „failed states“ bedeuten, samt Hungerkatastrophen und Verelendungsphänomenen. Mit anderen Worten: für einen großen Teil der Menschheit einen Rückfall in die Barbarei.

Die bis hier

dargelegte Analyse werden so oder ähnlich die meisten AkteurInnen der Klimakonferenzen, auch der diesjährigen COP25 in Santiago de Chile im November, teilen (natürlich mit wichtigen Ausnahmen wie der US-Regierung, im Unterschied zum Großteil der US-KlimaforscherInnen). Doch selbst wenn sie die Begründungen und Folgeschätzungen nachvollziehen, wie die Annahme der Klimaziele auf der COP21 in Paris zeigt, so heißt dies noch lange nicht, dass die Unterzeichnerstaaten auch danach handeln. Das globale 1,5-Grad-Ziel und die auf die verschiedenen Länder heruntergebrochenen Nettoemissionsziele (z. B. hätte Deutschland bis zur Nulllinie 2050 noch ein Budget von 6,6 Gigatonnen CO₂) müssten ja zu einem entsprechenden Plan für die schrittweise Reduktion je Jahrzehnt und Wirtschaftsbereich führen. Tatsächlich werden schon die Klimaziele für 2020 von fast allen Ländern krachend verfehlt und für die entscheidenden Jahre bis 2030 liegen Pläne vor, die ebensolche Lachnummern sind wie das „Klimapaket“ der deutschen Bundesregierung (bei den derzeitigen 0,8 GT jährlichen Netto-CO₂-Emissionen wird man mit einer fraglichen Verteuerung der Tonne CO₂-Verbrauch um 10 Euro kaum das 6,6 GT-Ziel erreichen).

Widerspruch zwischen Wissen und Inaktivität

Es fragt sich

also, warum trotz besserer Einsicht ein globales Handeln für den Erhalt eines lebensgerechten Planeten nicht möglich zu sein scheint. Dieser eklatante Widerspruch hat in den letzten Jahren immer wieder zu ökologischen Protestbewegungen geführt. Auch „Fridays for Future (FFF)“ oder „Extinction Rebellion (XR)“, die sich in eine lange Kette dieser Bewegungen einreihen, gehen davon aus, dass die „Einsicht“ noch nicht genug verbreitet sei und es nur am fehlenden politischen Willen der Regierungen liegen würde, dass nicht entsprechend gehandelt wird. Es wird davon ausgegangen, dass „die Bevölkerung“ noch zu wenig aufgeklärt sei und mehr Bewegung dazu führe, dass der politische Druck auch zu entsprechenden Maßnahmen der Regierenden führen werde. Dazu kommt, dass die verbreitete grüne Ideologie (insbesondere im globalen Norden) davon ausgeht, dass die Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Probleme schon „technisch“ vorliegen würden und durch entsprechende „Marktanreize“ eine Verschiebung zu einem „grünen Kapitalismus“ möglich sei. Voraussetzung wäre dann nur ein globaler Konsens, eine Einsicht der wirtschaftlich Mächtigen, dass ein ökologischer Umbau der Ökonomie doch auch im Interesse ihrer langfristigen Profite liegen würde, es also so wie den „Sozialstaat“ auch einen „Green New Deal“ geben könnte.

Alle diese Ansätze verkennen, dass es nicht um eine Frage der „Einsicht“ oder des politischen Willens geht, sondern um grundlegende Zwangsgesetze des globalen Kapitalismus. Dieses System ist weder einfach „Marktwirtschaft“, noch basiert es auf „demokratischem Interessenausgleich“ oder den Entscheidungen einzelner „freier“ Individuen – und seien sie selbst mächtige KonzernführerInnen. Kapitalismus basiert auf der Aneignung fremder Arbeit in Wertform und damit darauf, dass die Verwertung von Kapital in Form der stets wachsenden Kapitalakkumulation sich als abstraktes und alles bestimmendes Gesetz der Gesellschaft aufzwingt (was immer die AkteurInnen des Kapitals als „Einzelne“ sich dabei wünschen oder denken). Die Umwelt kommt für das Kapital hierbei als externe (durch Arbeit auszubeutende) Rohstofflieferantin und als ebenfalls externe Senke für die Abfallprodukte des Verwertungsprozesses ins Spiel.

Das Verhältnis des Kapitals zur Umwelt ist daher externalisierend. Wie auch bei der privaten Hausarbeit werden die Kosten für die Beanspruchung auf die Gesamtgesellschaft (bzw. den Planeten) abgeschoben. Auf die natürlichen Regenerationsprozesse, die zwischen Rohstoffnutzung, Verbrauchsergebnissen und der Wiederherstellung der Ausgangsstoffe liegen, kann das Tempo der Kapitalakkumulation nicht Rücksicht nehmen. Statt zu nachhaltiger Rohstoffnutzung tendiert das Kapital bei Verknappung von Rohstoffen oder eskalierenden Entsorgungsproblemen daher zu technischen Lösungen, die das Problem aber nur auf eine höhere Ebene heben. So in der kapitalistischen Landwirtschaft, die auf die Auslaugung der Böden durch extensive Nutzung mit dem Einsatz mineralischer Dünger vor allem aus Phosphaten und Stickstoff reagierte. Diese Intensivierung war zwar ein riesiger Fortschritt für die Ernährungssicherheit einer wachsenden Bevölkerung, andererseits aber mit bekannten ökologischen Folgen. Letztlich sind Stickstoffdünger (neben der Viehzucht)

durch die resultierende Freisetzung von N_2O einer der großen VerursacherInnen des Anstiegs von Treibhausgasen in der Atmosphäre.

Unmöglichkeit des „grünen“ Kapitalismus

Die Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ ist daher angesichts des extraktivistischen Wesens der Kapitalakkumulation eine vollständige Irreführung. Im besten Fall sind die „Erfolge“ grüner Politik hierzulande das Resultat des Drucks von Massenbewegungen und der Verlagerung der Umweltprobleme in den globalen Süden. Die massive Verschiebung industrieller Prozesse aus den vormaligen „Industrielländern“ an billigere Standorte (mit weniger sozialen Rechten und ökologischen Auflagen) hat natürlich zu einer scheinbaren Abnahme von Umweltbelastungen im globalen Norden geführt – aber zur enormen Verschärfung von Vermüllung und Naturzerstörung in der halb-kolonialen Welt. Dazu kommt die Zunahme von Umweltbelastungen durch das enorm gestiegene Transportvolumen im „globalisierten“ Kapitalismus.

Daher ist es durchaus richtig, dass die Frage von Individualverkehr hierzulande ein verschwindender Beitrag zur Klimaveränderung ist gegenüber dem „ökologischen Fußabdruck“, den die Metropolen des Nordens insgesamt (vor allem durch die von ihnen beherrschten Konzerne) hinterlassen. Angesichts der Tatsache, dass heute in wesentlichen Bereichen wie Agro-Industrie, Rohstoffgewinnung, Chemie- und Pharmaindustrie, Stahl, Baustoffen etc. der globale Markt unter jeweils 4–5 Großkonzernen aufgeteilt ist, wundert es nicht, dass laut einer Studie des Journals „Climate Change“ (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10584-013-0986-y>)

nur 90 Konzerne für zwei Drittel der Treibhausemissionen weltweit verantwortlich sind.

„Climate Justice“-Bewegung

Diese systemkritischen Analysen wurden von einem anderen, schon länger bestehenden Teil der internationalen Umweltbewegung, der sich unter dem Motto „Climate Justice“ (CJ = Klimagerechtigkeit) zusammenfindet, sehr im Gegensatz zu FFF oder XR zentral thematisiert. Gegründet im Zusammenhang mit den Protesten rund um die Klimagipfel zu Beginn dieses Jahrtausends und im Zusammenwirken mit den globalen Sozialforen nahm dieses Netzwerk die Verantwortung der Konzerne und die auch ökologisch ungerechte Weltwirtschaftsordnung zentral ins Visier seiner Proteste. Insbesondere rund um die COP15 in Kopenhagen 2009 gründete sich das CJ-Netzwerk, das zu radikalen Aktionsformen gegenüber Konzernen und den Alibiverhandlungen der Regierungen in der Klimapolitik aufrief. In Deutschland sind letztlich „Ende Gelände (EG)“ bzw. die Netzwerke um die „Klimacamps“ das Resultat dieser Strömung des Klimaprotests.

Sicher ist EG mit dem Hauptslogan „System Change not Climate Change“ auf einer sehr viel richtigeren

politischen Spur als FFF und XR zusammen. Auch wenn international bei CJ nicht selbstverständlich, ist die deutsche Strömung deutlich im Lager des „Antikapitalismus“ verankert. Anders als FFF und XR gibt es bei EG einen konkreten Angriffspunkt: die Energiewirtschaft und die von ihr forcierte Braunkohleverstromung als eine Hauptverursacherin von Treibhausgasemissionen hierzulande. Im Gegensatz zu XR gibt es bei EG keine Illusionen in den bürgerlichen Staat und seine Sicherheitsorgane, die im Wesentlichen Konzerninteressen schützen. Die scheinbare Radikalität von XR-Aktionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Aktionen „zivilen Ungehorsams“ vor allem PR-Aktionen sind („Gewinnung der Öffentlichkeit“) unter Gefährdung der eigenen AktivistInnen („Aufopferung“) und bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit dem Staat („PolizistInnen sind auch vom Klimawandel betroffen“, „keine die Öffentlichkeit verstörende Gewaltbilder“). Dagegen setzt EG deutlich die Tradition der notwendigen Konfrontation mit den Systemkräften und der aktiven Mobilisierung zum Widerstand fort, wie ihn die Sozialforenbewegung zu Beginn des Jahrtausends begann (so erinnern die Aktionsformen deutlich an die „Tutti Bianchi“, die Demonstrierenden in weißen Overalls, von Genua und Co.). Während sich FFF und XR vor allem in Mittelstandsmilieus des globalen Nordens „international“

organisieren, ist CJ auch im globalen Süden oder in Osteuropa in aktivistischen Milieus vernetzt. So gibt es auch von EG eine wichtige Verbindung zu den Protesten in den für den europäischen Energiesektor so wesentlichen polnischen Kohlerevieren.

Beschränkungen

So sehr EG daher gegenüber XR und FFF politisch weiter links steht, so sind auch dessen Beschränkungen zu sehen. Einerseits ist EG noch sehr viel stärker auf studentisches und linkes Milieu konzentriert und findet nur über die Vernetzung mit einigen lokalen BürgerInneninitiativen eine beschränkte Verankerung darüber hinaus. Bei FFF gibt es durch das SchülerInnenmilieu wohl die größte gesellschaftliche Breite. Außerdem haben sie eine wesentliche und für den Kapitalismus die wohl gefährlichste Kampfform „entdeckt“: den Streik. Auch wenn dies „nur“ die sehr indirekte Form des „Schulstreiks“ betrifft, so wirkt die Idee offensichtlich ansteckend. Der Vorstoß, die „globalen Klimastreiks“ (der nächste Ende November zum COP25) zu einem (wenn auch nur symbolischen) Generalstreik auch in Produktionsbereichen zu machen, geht in eine richtige Richtung. Der Druck ist offenbar groß genug, dass sich

Gewerkschaftsverbände

„formal“ dem Aufruf anschließen. Wie bekannt, passiert aber in Deutschland

wenig, wenn nicht wirklich in den Betrieben dafür mobilisiert wird. Wie nicht verwunderlich,

wird in Wirklichkeit trotz formeller Bekenntnisse („Beteiligung ja, aber nur wenn Zeitausgleich möglich“) von den Betriebsräten in den zentralen Industrien

massiv gegen jeden wirklichen Streik gearbeitet. Gerade diese Auseinandersetzung in den Betrieben um die Frage des Klimastreiks und der damit

verbundenen der klimaneutralen Transformation der eigenen Industrie ist aber in

Wirklichkeit eine entscheidende für eine wirkliche massenhaft erzwingbare

Änderung der Klimapolitik.

Anders als viele Teile der Umweltbewegung verbreiten, sind die Konzepte für eine ökologische Alternative zum gegenwärtigen extraktivistischen Kapitalismus nicht „schon alle da“ und „brauchen nur umgesetzt zu werden“. So überschlagen sich manche Umweltseminare in Schwärmereien von „konkrete Alternativen entwickeln“ jenseits jeglicher Produktionsprozesse und realer Machtverhältnisse. Tatsächlich müssen diese Alternativen in der Energiewirtschaft (z. B. Speichertechnologien), der Bauwirtschaft (z. B. klimaneutrale Baustoffe), Stahlindustrie, Landwirtschaft, Mobilitätsindustrien etc. erst im technischen Detail und der produktionsmäßigen Umsetzung mit viel Arbeitszeit und Kosten ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Gesellschaftliche Frage

Der ökologische Umbau ist lange nicht nur eine Frage von „Entscheidungen“, sondern vor allem ein arbeitsaufwändiger Transformationsprozess, der nur gegen den schärfsten Widerstand von Kapitalinteressen und auch nur international durchgesetzt werden kann. Zu glauben, dieser könne durch „Marktanreize“ (siehe die Farce des Zertifikatehandels) oder politische Verhandlungen (siehe „Kohlekompromiss“) erzielt werden, verkennt die Dimension und die Dringlichkeit einer raschen Einleitung dieses Prozesses.

Radikaler als alle Grün-Parteien und viele Teile der Umweltbewegung zusammen hat die britische Labour Party auf ihrem letzten Parteikongress ein Programm für die Klimawende gemäß dem 1,5-Grad-Ziel beschlossen: Kernelement ist dabei, dass der darin enthaltene Transformationsplan wesentlich die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien beinhaltet, besonders des Energiesektors. Die Frage der Entwicklung von Alternativplänen zum ökologischen Umbau muss natürlich die Eigentumsfrage stellen. Wie für eine reformistische Partei wie Corbyns Labour nicht anders zu erwarten, scheitert auch dieser Ansatz an seiner nationalen Beschränktheit und der Frage des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs. Dabei ist die Vergesellschaftung als internationale Aufgabe heute nicht mehr so abstrakt, wie es früher einmal schien: Wenn es nur 90 Konzerne

sind, die einen Großteil des Problems international darstellen, dann ist dies, wie auch die Entwicklung eines internationalen Transformationsplans keine Utopie mehr. Zentral ist aber natürlich, dass auch verstaatlichte Großkonzerne weiterhin den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen sind und schnell selbst wieder gemäß der Kapitallogik funktionieren (so ist ja auch Vattenfall im Besitz des schwedischen Staates, agiert aber weltweit wie jeder andere Konzern).

Strategische Alternative

Es ist daher zentral, dass die soziale Kraft, die der Logik des Kapitals eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative entgegenstellen kann, auch zur zentralen Akteurin in diesem ökologischen Transformationsprozess wird: die internationale ArbeiterInnenklasse. So zersplittert, politisch fragmentiert und sozial differenziert sie auch heute sein mag, so ist sie als Trägerin des gesellschaftlichen Produktionsprozesses doch die einzige soziale Kraft, die eine Umwälzung der Ökonomie weg von der Logik der Kapitalverwertung auch real vollziehen kann. Durch Produktionskontrolle und

gesellschaftliche Planung kann ein Gesamtkonzept des sozialen und ökologischen Umbaus erarbeitet werden, das auch tatsächlich die ökologischen und ökonomischen Kreisläufe in Einklang bringt, bei globalem und sozialem Ausgleich der Lasten des Umbaus. Die ArbeiterInnenklasse war auch diejenige Kraft, die bisher als einzige eine schlagkräftige internationale politische Organisation gegen die globale Macht des Kapitals hervorgebracht hat. Deswegen braucht es auch in der ökologischen Frage ein Wiederentstehen einer revolutionären Internationale.

Angesichts der tatsächlichen Situation der weltweiten ArbeiterInnenbewegung, die weit davon entfernt ist, heute für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus revolutionär zu kämpfen (was auch angesichts der ökologischen Krise notwendig wäre), müssen wir heute versuchen, die bestehenden Kämpfe der Umweltbewegung und die aufkeimenden Proteste der ArbeiterInnenbewegung rund um den anstehenden Transformationsprozess mit der weitergehenden sozialistischen Perspektive zu verbinden. Wie wenig das der Umweltbewegung rund um den Kohleausstieg gelingt, zeigt die Hilflosigkeit von EG gegenüber der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Lausitz deutlich (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Es muss klar sein, dass weder das Kapital noch seine Regierung für die vom Kohleausstieg betroffenen ArbeiterInnen irgendeine Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Zukunftsperspektiven haben – ganz so wie in allen anderen betroffenen Branchen (z. B. Automobilindustrie). Notwendig ist daher ein Programm der ArbeiterInnenkontrolle über den Umbauprozess der Industrie, das die Entwicklung von Alternativen und ökologisch sinnvollen Technologien in den Betrieben im Verbund mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten vorantreibt. Was wir brauchen, sind keine „BürgerInnenversammlungen“, die ausgelost werden und ohne Macht über den Produktionsprozess sind (wie XR es vorhat), sondern Kontrollausschüsse und sich in der Auseinandersetzung entwickelnde ArbeiterInnenräte, die den Umbauprozess konkret durch ihre Verankerung im eigentlichen Produktionsprozess auch umsetzen können. Gerade auf Grundlage dieser Produktionskontrolle durch die Beschäftigten kann auch die Struktur in den Konzernen geschaffen werden, die eine internationale Vergesellschaftung der HauptverursacherInnen der Treibhausgasemissionen realisiert.

Eigentumsfrage

Es ist klar, dass diese Machtfrage in den Konzernen nicht ohne schweren politischen Kampf vor sich gehen kann – schon das dagegen geringe Problem der Teilnahme am globalen Klimastreik stellt ja in Deutschland die berühmte Frage des „politischen Streiks“ auf die Tagesordnung. Nur die Vorstellung davon stürzt schon sämtliche Gewerkschaftsführungen hierzulande in kollektives Entsetzen. Dieser Kampf kann nur im Kampf um eine neue Führung der

ArbeiterInnenbewegung gewonnen werden wie auch in der Durchsetzung entschlossener Kampfformen gegen das Kapital. Dies wird unweigerlich auch den Kampf um die politische Macht beinhalten. Speziell auch deswegen, da eine wirkliche Klimawende auch einen demokratischen Gesamtplan des Umbaus benötigt. Es wird immer klarer, dass die Alternative entweder die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen und ökologischen Planwirtschaft ist – oder wir müssen langsam nach einem Planet B suchen!

November 1989 – 30 Jahre danach

Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019

Dass die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen „Ost“ und „West“ auch 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer nicht angeglichen sind, sollte KapitalismuskritikerInnen eigentlich nicht verwundern.

Nach drei Jahrzehnten

eines vereinigten, imperialistischen Deutschland klingen die Einheitsversprechungen bürgerlicher PolitikerInnen aller Couleur nicht nur abgedroschen und hohl. Sie hören sich auch an wie ein ständiges Replay. Das Ausbleiben „sozialer Einheit“, die weiterhin klaffende Lücke bei Einkommen, Arbeitszeiten, Lebensperspektive ... wurden 1999 ebenso wie 2009 beklagt – und „baldige“ Angleichung versprochen. In Wirklichkeit blieb diese aus – und wird es auch weiter bleiben.

Reproduktion sozialer Ungleichheit

Hier nur einige

Zahlen (1), die den Unterschied zwischen Ost und West belegen:

- 2018 mussten die Arbeiter„nehmer“Innen in den alten Bundesländern im Schnitt 1295 Arbeitsstunden arbeiten, im Osten (inklusive West-Berlin) 1351 Stunden, also 56 Stunden länger.
- Die Jahres-Bruttolöhne je Beschäftigten lagen im Westen bei 36.088 Euro, in den neuen Ländern bei 31.242 Euro, was einen Unterschied von knapp 4.900 Euro ausmacht.
- Diese Ungleichheit wird auch bei den tariflich Beschäftigten reproduziert. So hatten 2018 im Westen 8 Prozent dieser eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, im

Osten 40 Prozent.

- Mindestlöhne und Renten, die selbst das geringere Lohn- und Einkommensniveau widerspiegeln, klaffen weiter auseinander.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes hält also auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung an. Und das, obwohl sich im Westen die prekären und atypischen Arbeitsverhältnisse (Befristung, Teilzeitarbeit unter 20 Stunden, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit) unter anderem aufgrund der Hartz-Gesetze und Agenda 2010 sogar noch schneller ausgedehnt haben als im Osten. In den „alten Bundesländern“ betrug 2017 deren Anteil an der gesamten Erwerbstätigkeit 24 % gegenüber 18 % im Osten (2).

Den Hintergrund dafür bildet jedoch die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Dort lag sie Ende 2018 bei 7,6 % gegenüber 5,3 % im Westen.

Von 1991 bis 2017 wanderten außerdem 3.681.649 von Ost nach West ab, was fast einem Viertel der Bevölkerung der ehemaligen DDR entspricht. Dem stehen zwar 2.451.176 Zuzüge

aus dem Westen entgegen (3). Die Wellen der innerdeutschen Migration entsprechen jedoch der Zerstörung der ostdeutschen Industrie und der geringen Arbeitsmarktperspektiven, gerade für besser ausgebildete Menschen. Die Migration von West nach Ost ging außerdem auch mit einer massiven Verschärfung der Unterschiede innerhalb der neuen Bundesländer einher. Einigen „erfolgreichen“ städtischen Regionen steht der fortgesetzte Abstieg der meisten ländlichen und kleinstädtischen Gebiete, bis zum Verlassen ganzer Dörfer entgegen.

Die Ungleichheit zwischen Ost und West drückt sich daher keineswegs nur auf dem Arbeitsmarkt aus, sondern insbesondere auch beim Vergleich einzelner Regionen. So zeigt z. B. der „Teilhabeatlas Deutschland“ (4), dass sich in den neuen Bundesländern die „abgehängten Regionen“ konzentrieren. Diese zeichnen sich durch einen hohen Anteil an Hartz-IV-EmpfängerInnen (darunter auch viele „AufstockerInnen“), geringere kommunale Steuereinnahmen, besonders geringes jährliches durchschnittliches Haushaltseinkommen (Medianwert für 2017: 19.100 Euro), geringe Lebenserwartung, Abwanderung (2017 noch immer mehr als 10 Prozent!), schlechter digitaler Anbindung und überdurchschnittlicher Entfernung zu Versorgungseinrichtungen (Krankenhaus, Behörden, ...) aus.

Darin spiegelt sich wider, dass in den neuen Bundesländern die schlechter entlohnenden, perspektivloseren und länger arbeitenden Teile der ArbeiterInnenklasse überdurchschnittlich vertreten sind. Aber auch die Herausbildung und Reproduktion des KleinbürgerInnentums, des Kleinkapitals wie der lohnabhängigen Mittelschichten – also allen jener Klassen, die bürgerliche Demokratie und freie Marktwirtschaft tragen – verläuft ungleicher, unsicherer, verglichen mit dem Westen geradezu prekär.

Kapitalistische Wiedervereinigung

Hintergrund der sozialen Ungleichheit und damit ungleicher Lebensbedingungen bilden selbstredend nicht „Mentalitätsunterschiede“, sondern vielmehr die Ergebnisse der kapitalistischen Wiedervereinigung, zu denen eben auch gehört, dass dem Wirtschaftsgebiet der ehemaligen DDR ein spezifischer Platz im Rahmen eines schon bestehenden bundesdeutschen gesellschaftlichen Gesamtkapitals zugewiesen wurde.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung erlebte die DDR-Ökonomie

einen drastischen Niedergang
und Ruin, dessen Ausmaß für Friedenszeiten ungewöhnlich, wenn
nicht einzigartig
war und ist.

Zwischen 1990
und 1992 wurden zwei Drittel der ostdeutschen Industrie
zerstört und zwar unter
Aufsichtung und Lenkung der Treuhand-Anstalt, einer
Staatsholding, die die
Privatisierung der DDR-Ökonomie überwachen sollte.

Ende 1992 waren
nur noch 750.000 Menschen in der ehemaligen DDR-Industrie
beschäftigt, etwa ein
Viertel des Beschäftigungsstandes zur Zeit der
Wiedervereinigung. Auch die
landwirtschaftliche Produktion sank von 1989 bis 1992 auf rund
die Hälfte. Von
9,8 Millionen Beschäftigten der DDR-Wirtschaft wurden rund 4
Million
„freigesetzt“, arbeitslos, in Kurzarbeit gesetzt oder
verschwanden vom
Arbeitsmarkt (RentnerInnen; Abwanderung in den Westen, die in
dieser Zeit ihren
Höhepunkt erreichte; Rückgang der Erwerbstätigkeit von
Frauen). (5)

Zugleich stiegen
die Preise für Konsumgüter und Mieten dramatisch, so dass die
Auswirkungen des
für kleinere SparerInnen günstigen Umtauschkurses von Ost-Mark
zu D-Mark (1:1)
im Zuge der Währungsreform rasch verpufften. Umgekehrt

begünstigte die
Währungsreform 1990 die Aneignung der ostdeutschen Ökonomie
durch das
westdeutsche Kapital.

Der Umtauschkurs
bedeutete erstens, dass die Schulden der DDR-Unternehmen in D-
Mark neu bewertet
wurden, darunter auch Kosten, die in einer kapitalistischen
Ökonomie erst gar
nicht in den einzelbetrieblichen Bilanzen aufgeschienen wären
(z. B.
betriebliche Sozialleistungen). Im degenerierten
ArbeiterInnenstaat DDR gab es
im Unterschied zum Westen bezogen keine klare Trennung
staatlicher/kommunaler
und betrieblicher Schulden/Kosten (und dies war auch nicht
unbedingt
erforderlich). Nun erschienen diese Aufgaben und deren Kosten
als
Verlustbringerinnen in den betrieblichen Bilanzen.

Zweitens wog die
Neubewertung des Anlagevermögens der ostdeutschen Industrie,
Landwirtschaft und
Dienstleistungsunternehmen (Handel, ...) besonders schwer. Das
veraltete, lange
nicht erneuerte fixe Kapital wurde jetzt mit den
westdeutschen,
fortgeschrittenen Kapitalien verglichen und neu bewertet. Das
Anlagevermögen
wurde somit über Nacht weit mehr entwertet, als es der
Umtauschrelation
größerer Geldvermögen (1:2) entsprach, so dass die
Schuldenrate der

DDR-Betriebe massiv anwuchs. Sie waren als Konkurrentinnen damit mehr oder minder aus dem Feld geschlagen.

Das Übrige

erledigte die Treuhand. Sie verkauft die DDR-Betriebe unter Wert, v. a. an die westdeutsche Konkurrenz. Da es keine DDR-Bourgeoisie gab, wanderte in kurzer Zeit alles, was profitabel erschien, in die Hände der bundesdeutschen KapitalistInnenklasse. Ursprünglich sollte die Privatisierung der ostdeutschen Ökonomie und deren Restrukturierung durch Verkaufserlöse finanziert werden.

Doch das westliche Kapital wollte für die DDR-Unternehmen nicht zahlen, sondern für seinen „Dienst“ noch belohnt werden.

Daher übernahm

die Treuhand und über diese der Staat den größten Teil der Schulden. Bis Ende 1992 waren so 8.000 von 40.000 DDR- Betrieben auf diese Weise verkauft, genauer verscherbelt worden.

Die Filetstücke

eigneten sich die „rettenden“ Konzerne zuerst an, sei es, um neue wirtschaftliche „Inseln“ zu schaffen, sei es, um unliebsame Konkurrenz zu übernehmen und auszuschalten. Diese Übernahme großer Teile einer Volkswirtschaft wurde dem Kapital auch noch durch Milliarden-

Subventionen

vergoldet. So erhielt Carl Zeiss für die Übernahme von Carl Zeiss Jena 3,5

Milliarden DM, die Bremer Vulkan-Werft 6,2 Milliarden für die Übernahme

ostdeutscher Werften. Lufthansa konnte gegen den Widerstand von Betriebsrat und

Gewerkschaft die Abfertigung am Flughafen Schönefeld übernehmen usw. usf.

Diese Übernahme

der DDR- Volkswirtschaft spiegelt sich bis heute in der Rolle der ostdeutschen Ökonomie

im Rahmen des Gesamtkapitals der Bundesrepublik wider:

- Die Produktivität lag 2017 in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei durchschnittlich 82 Prozent des Westniveaus.
- 93 Prozent der Großkonzerne sind immer noch im Westen angesiedelt. (6)

Die Kapitalakkumulation

im Osten bleibt bis heute abhängig von den Erfordernissen der Konzernzentralen

im Westen, von einem in der Bundesrepublik entstandenen und von dort geprägten

nationalen Gesamtkapital. Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die massive

Vernichtung von Kapital günstige Akkumulationsbedingungen für das Gesamtkapital

und damit für einen kapitalistischen Aufschwung legte, der über mehrere Zyklen

bis Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre anhielt, brach der „Osten“ vor dem Hintergrund struktureller Überakkumulation des Kapitals zusammen.

Interessant war er als Markt für (westdeutsche) Produkte und als Reservoir zusätzlicher, billiger und qualifizierter Arbeitskräfte. Als Investitionsstandort spielte er jedoch nur für einzelne Branchen und somit für die Schaffung einzelner „Wachstumsregionen“ eine Rolle. Eine „aufholende“ Entwicklung, gleiche Bedingungen zwischen „Ost“ und „West“ waren vom Standpunkt der ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse nie vorgesehen.

Polarisierung und soziale Auseinandersetzungen nach der Wiedervereinigung

Das Geheimnis des Aufstiegs der AfD gerade im Osten muss zweifellos vor dem Hintergrund der ökonomischen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern verstanden werden. Aber nicht in einer mechanischen Weise, sondern im Wechselverhältnis von sozialer Entwicklung und Klassenkämpfen. Allein die jahrelange starke Stellung von PDS/Linkspartei unter den Erwerbslosen, aber auch den Mittelschichten im

Osten zeigt, dass es nicht einfach Armut, Benachteiligung oder gar eine angeblich besonders autoritär geprägte DDR-Identität waren, die per se die Menschen zur AfD oder zur extremen bis hin zur faschistischen Rechten treiben.

Die kapitalistische Wiedervereinigung, wiewohl aus einer legitimen, kleinbürgerlich-demokratischen Massenbewegung gegen die DDR-Bürokratie entstanden, stellte für die ArbeiterInnenklasse in ganz Deutschland eine historische Niederlage dar. Sie stärkte den Imperialismus, die soziale, wirtschaftliche und globale Stellung des „eigenen“ Kapitals ungemein. Die soziale Konterrevolution im Osten, also die Vernichtung des ArbeiterInnenstaates DDR, wurde jedoch in einer bürgerlich-demokratischen Form vollzogen, was nicht zuletzt auch die Einbindung der Massen erleichterte – trotz einer enormen Zerstörung der ökonomischen Basis der ehemaligen DDR.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Niederlage waren jedoch in den neuen und alten Bundesländern höchst unterschiedlich. Die Klassenstruktur (und -zusammenarbeit) des BRD-Kapitalismus wurde im Westen nur schrittweise umgemodelt, in der DDR wurde das gesamte soziale und ökonomische Gefüge abrupt,

sprunghaft zerstört. Der Kapitalismus war nicht zuletzt aufgrund der massiven Zerstörung der ostdeutschen Industrie immer instabiler als im Westen und daher auch die Klassenstruktur.

Noch in den ersten Jahren nach der Wende artikulierte sich das in dreifacher Weise. Erstens und am wichtigsten in Form der Demobilisierung einer Massenbewegung. Die Millionen, die in der DDR auf die Straße gegangen waren und die SED-Herrschaft zum Einsturz gebracht hatten, wurden über Wahlen, Parlamentarismus und die Versprechungen der „sozialen Marktwirtschaft“ befriedet, später durch deren Auswirkungen frustriert und auf Trab gehalten.

In dieser Lage artikulierte sich auf der Rechten eine Welle rassistischer Gewalt und faschistischer Organisation, die sich in pogromartigen Mobs wie in Rostock oder Hoyerswerda, Anschlägen auf Asylsuchende und MigrantInnen manifestierte (und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im Westen). Die deutsche Regierung vermochte es, der rechten Hetze, Rassismus und Faschismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie selbst das Asylrecht mit Zustimmung der „oppositionellen“ SPD durch den sog. „Asylkompromiss“, der von Lafontaine mit ausgehandelt worden war, beschnitt. Anders als heute fanden die Rechten damals

keinen

politisch-organisatorischen Widerhall unter Fraktionen des deutschen Kapitals.

Mittelschichten und KleinbürgerInnen befürworteten eine konservativ-rassistische Regierungspolitik, die Nazis und rechten Straßenbanden

blieben letztlich auf eine relativ kleine Minderheit beschränkt.

Ein wichtige

Faktor für diese Entwicklung bestand zweifellos darin, dass es nicht nur rechte

Reaktionen auf die Wiedervereinigung gab, sondern auch wichtige, lange

andauernde, wenn auch letztlich isolierte Abwehrkämpfe. So besetzten rund 500

BergarbeiterInnen der von der Schließung durch die Treuhand bedrohten

Kali-Grube in Bischofferode (Thüringen) im Sommer 1993 den Betrieb bei

laufender Produktion, rund 100 traten in Hungerstreik. Dieser Kampf zog sich

über mehrere Monate hin. Ende 1993 wurde der Bergbau zwar geschlossen.

Entscheidend ist jedoch, dass Bischofferode durchaus für eine Schicht von

Beschäftigten stand, die mit Mitteln des Kampfes gegen Schließungen,

Entlassungen und Verarmung ankämpften.

In den 1990er

Jahren vermochte im Wesentlichen die PDS, diese Schichten für sich zu gewinnen.

Sie wurde zur Partei der „Ausgegrenzten“, der Arbeitslosen und konnte sich so

im Osten eine Massenbasis erhalten bzw. aufbauen. Als reformistische Partei war die PDS auch damals eher eine der „KümmererInnen“ denn der KämpferInnen. Sie konnte jedoch über eine solidarische Präsenz zahlreiche Massen- und Vorfeldorganisationen (Volkssolidarität, ...) an sich binden und ihnen einen elektoralen Ausdruck verschaffen. Die Tatsache, dass die PDS damals noch von den etablierten politischen Parteien des bundesrepublikanischen Systems ausgegrenzt, als „rote Socken“ diffamiert wurde, stärkte eigentlich die Glaubwürdigkeit der Partei in den Augen vieler.

In diesem Zusammenhang darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass sich teilweise auch die Gewerkschaften und selbst die SPD (z. B. in Form von sozialpolitischen Galionsfiguren wie Regine Hildebrandt) als „natürliche“ gewerkschaftliche, soziale und politische Vertretung darstellten.

Bis Ende der 1990er Jahre waren die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse – insbesondere auch der Erwerbslosen – auf eine Abkehr von der konservativ-liberalen Koalition und auf eine „soziale Wende“ im Grunde an die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien SPD und PDS geknüpft.

Doch die politische Lage und das Verhältnis von ArbeiterInnenklasse (wie auch großer Teile der lohnabhängigen Mittelschichten) zu diesen Parteien wandelte sich in der ersten Hälfte des Jahrtausends.

Rot-Grün lancierte mit Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen einen strategischen Angriff auf die Lohnabhängigen, ein Programm, das mit den Montagsdemonstrationen vor allem im Osten eine Massenbewegung hervorbrachte, aus der später die WASG entstand (und in deren Folge die Fusion mit der PDS zur Linkspartei).

Die Montagsdemos entstanden im Sommer 2003 und breiteten sich in Windeseile zu einer Massenbewegung aus, die vor allem von höher qualifizierten Arbeitslosen, ehemaligen FacharbeiterInnen, IngenieurInnen getragen wurde. Diese Bewegung wurde jedoch von der Sozialdemokratie wie auch von den sozialdemokratisch geführten DGB-Gewerkschaften bekämpft. Dadurch wurde deren Ausweitung in den Westen, vor allem aber die Verbindung von Montagsdemos und politischen Massenstreiks verhindert. Der DGB sah sich zwar selbst gezwungen, 2004 gegen die Agenda-Gesetze Massendemonstrationen zu organisieren, weil er die Formierung einer bundesweiten Opposition in den Betrieben und auf der Straße

fürchtete, blies aber die Mobilisierung im Sommer 2004 nach Massendemos mit nahezu einer halben Million Menschen ab.

Die zweite markante Niederlage erfolgte ebenfalls 2003. Die Streiks um die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 2003 zeigten eine erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit. Als der Streik begann, Auswirkungen auf die Betriebe im Westen zu haben, verschärfte sich das Trommelfeuer nicht nur der Bourgeoisie gegen den Streik, sondern auch die Konzernbetriebsräte der westdeutschen Autoindustrie und der IG Metall-Vorsitzende Zwickel fielen ihm in den Rücken und setzten seine Einstellung durch. Dabei geriet nicht nur die Gewerkschaftsdemokratie unter die Räder, die ArbeiterInnenklasse in der ehemaligen DDR musste eine weitere demoralisierende Niederlage durchmachen.

All diese Faktoren – nicht nur geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und geringere tarifliche Bindung im Osten – haben dazu geführt, dass die SPD ihren sozialen Rückhalt gerade unter den verarmten, arbeitslosen, prekär beschäftigten und schlecht organisierten ArbeiterInnen verloren hat. Gleichzeitig büßte sie auch ihre Bindekraft unter den lohnabhängigen Mittelschichten ein.

Im letzten Jahrzehnt machte aber auch die Linkspartei eine ähnliche Entwicklung durch. Weigerten sich SPD und Grüne in den 1990er Jahren oft noch, Koalitionen mit der „unzuverlässigen“ PDS einzugehen, so wurde sie schon vor der Jahrhundertwende auch in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer „normalen“ Partei. Die Realpolitik der PDS und später der Linkspartei führte sie in Landesregierungen in allen neuen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens. Während die Mitgliederzahlen schrumpften, wuchs der Anteil jener Mitglieder, die Wahlämter innehatten. Ein großer Teil der aktiven Mitgliedschaft ist seit Jahren fest in das bürgerlicher System integriert, ihre politische Aktivität besteht darin, Wahlämter auf kommunaler, regionaler oder Bundesebene auszuüben. Er prägt die Parteistrukturen, die Vorstände, Parteitage. Die Frage, ob die Linkspartei eine „Bewegungspartei“ oder eine institutionelle StellvertreterInnentruppe sei, ist eigentlich nur für jene eine, die partout die Realität der Partei beschönigen wollen. Praktisch war sie für die PDS (und damit auch für die Linkspartei) immer schon beantwortet. In den letzten Jahren ist – unabhängig von den vertretenen reformistischen oder, neuerdings, linkspopulistischen Ideologien – das Gewicht des Apparates und der in den bürgerlich-parlamentarischen Institutionen tätigen FunktionärInnen immer mehr gewachsen.

Mit deren
bürgerlicher Realpolitik und der Mitverwaltung der Misere
schwand
notwendigerweise auch das Ansehen der Partei unter den
Lohnabhängigen, vor allem
auch unter den Arbeitslosen, prekär oder gering Beschäftigten.
Zugleich verlor
die Linkspartei trotz ihrer angepassten Politik auch die
Bindekraft gegenüber
lohnabhängigen Mittelschichten und auch dem
KleinbürgerInnentum im Osten.

Mit letzteren
verliert die Linkspartei WählerInnenschichten an AfD (und tw.
auch Grüne), die
sie im Westen ohnedies nie hatte und die für eine „linke“
Partei eigentlich
untypisch sind, sondern vielmehr historisch aus den Wurzeln
der PDS in der SED,
also der Partei der politisch herrschenden Kaste in der DDR
herrühren.

Aufstieg der AfD

Der Aufstieg der
AfD reflektiert also nicht nur die sozialen und ökonomischen
Verhältnisse, die
soziale Lage verschiedener Klassen im Osten, sondern auch
Verrat und Niedergang
der reformistischen Parteien und der Gewerkschaften.

Bezüglich einer Analyse der AfD verweisen wir an dieser Stelle

auf den Artikel „Die AfD zwischen neoliberalen Nationalismus und radikaler Rechte“ (7). Dass diese rechtspopulistische Partei, die sich als „Alternative“ zur „Elite“ präsentiert, im Osten besonders stark ist, sollte aber nicht verwundern. Gerade die instabilere Klassenstruktur bietet einen günstigeren Nährboden für das rasche Anwachsen solcher Kräfte. Das drückte sich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg einmal mehr aus.

Zwei

Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in die klassische CDU- und FDP-WählerInnenenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ – in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser

Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst

vor Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle

Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl.

Dabei bilden Rassismus und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der

eigentlich gegensätzliche soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste

Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt. Mögen auch viele

Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat sich dieser

verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von Rassismus,

Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Die AfD baut

sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang

im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer

größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“

Machtalternative bieten will – von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin

zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B.

mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese

Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Andreas

Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete – Geld bekämen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die
AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis
auf die Knochen
ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds
versicherbeln will, spielt
in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen
kann die AfD einfach
darauf setzen, dass sie die „Systemparteien“ – also alle
anderen – ungestraft
einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal
die Wahrheit sagen
sollten.

Irrwege und Wege

SPD und Linkspartei
starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die
Schlange, indem sie
sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen
klammern. Statt auf
Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD,
sondern auch
weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen
„DemokratInnen“.

In Zeiten
kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger
Restrukturierungen
im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer
Prekarisierung der
sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen
Gesamtkrise bedeutet diese
Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz

mit den
„demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der
AfD-Demagogie in
die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen
Leute“ vertrete. Die
Lehre kann nur lauten: Schluss mit dieser Politik!

Der Kampf gegen
rechts darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt
bleiben. Eine
Linke, eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende
Lohnabhängige von den
rechten DemagogInnen wiedergewinnen will, muss den Kampf gegen
die soziale
Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht
es einen Kampf
gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende
Entlassungen, für ein
öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von
Bildung,
Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der
Lohnabhängigen,
kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch
die Besteuerung
der Reichen – um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es
braucht den gemeinsamen
Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller
ArbeiterInnenorganisationen.

Angesichts der
drohenden Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu
entwickeln, brauchen wir
Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen
Rechtsruck, AfD,
militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden

und drohenden
Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf
Arbeitsplätze und
unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

Endnoten

(1)

<https://www.spiegel.de/karriere/beschaeftigte-in-ostdeutschland-laengere-arbeitszeit-weniger-lohn-a-1276092.html>

(2)

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/181002_SF_Ergebnisse_im_Einzeln_Arbeitsverhaeltnisse_in_Ost_und_West.pdf

(3)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>

(4)

https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Teilhabeatlas/Teilhabe_Online.pdf,

S. 16

(5) Martin

Suchanek, Zerstörung eines ArbeiterInnenstaates, in:
Revolutionärer Marxismus
9, S. 25, Frühjahr 1993

(6)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/studie-osten-westen-wirtschaft-deutschland-1.4354465>

(7) Wilhelm Schulz, [Die AfD zwischen neoliberalem Nationalismus und radikaler Rechter](#), in: Revolutionärer Marxismus 50, November 2018, S. 116 – 142

Vom Regen in die Traufe

Proletarische Frauen – vom DDR-Stalinismus zum BRD-Kapitalismus

*Ute Mann, Revolutionärer Marxismus 52, November 2019
(Erstveröffentlichung 1998)*

Die Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion als Garantie für die ökonomische Unabhängigkeit und politische Selbstständigkeit galt als der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource der Planwirtschaft v. a. nach dem Krieg, als Arbeitskräfte knapp waren und

massenhafte Abwanderungen durch das Verlassen der DDR Richtung Westen die Lage weiter erschwerten. Bis in die 1960er Jahre waren Frauen beinahe vollständig in die Arbeitswelt integriert. (1)

Integration der Frauen in den Produktionsprozess

Das niedrigere Produktivitätsniveau in der DDR (wie in allen stalinistischen Staaten) machte immer einen hohen Einsatz menschlicher Arbeitskräfte notwendig. Doch von den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit war die DDR das einzige Land, das kontinuierlich Bevölkerungsverluste erlitt. Zwischen 1948 und 1989 schrumpfte die Bevölkerung um 2,7 Millionen auf 16,4 Millionen. Frauen waren auf formalrechtlicher und politischer Ebene gleichgestellt und stellten einen großen Teil der Arbeitskraft. Das Motiv des DDR-Stalinismus, Erleichterungen für Frauen einzuführen, war der wirtschaftliche Aufbau, der Aufbau des „Sozialismus“ in einem halben Land.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trat die KPD zunächst für den Aufbau eines „neuen demokratischen Deutschlands“ auf kapitalistischer Grundlage ein. Die diesem Ziel entsprechende Volksfrontkonzeption spiegelte sich auch in der Frauenpolitik

wider. Nachdem bereits 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die eigenständigen ArbeiterInnenkomitees liquidiert und durch Volksfrontorgane ersetzt hatte, sollten nun auch die nach Kriegsende entstandenen antifaschistischen Frauenausschüsse in solche umgewandelt werden. Ziel war es, „Frauen aller Klassen auf breitester Basis“ zu umfassen, um sie für die Aufbauarbeit für ein „demokratisches Deutschland“ zu gewinnen.

Anfang 1947 gab es in der sowjetischen Besatzungszone 7.451 Frauenausschüsse, die ca. 250.000 Frauen umfaßten. Um diese Ausschüsse besser kontrollieren zu können, wurden sie per SMAD-Befehl aufgelöst und mit den Organisationen des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der am 8. März 1947 gegründet wurde, zusammengeschlossen. Der DFD gab sich programmatisch überparteilich, war aber dennoch eine Frontorganisation der SED, die 1946 aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangen war.

Das DFD-Programm hob hervor, dass „zum ersten Male die sozialistischen Frauen mit den Frauen aus den bürgerlichen Parteien und den parteilosen Frauen den Grundstein zu einer einheitlichen demokratischen Frauenbewegung legten“. Mit dieser programmatischen Erklärung verzichtete der

DFD auf eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterinnen, um die Klassenzusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden. Ein Ergebnis dieser Politik war, dass die spezifischen Interessen von Proletarierinnen – immerhin die Mehrzahl aller Frauen – politisch nicht artikuliert wurden und viele substantielle Fragen der Stellung der arbeitenden Frauen in Produktion und Gesellschaft weder diskutiert noch gelöst werden konnten.

Auf dem 2. Parteitag der SED im September 1947 wurde eine Resolution zur Frauenfrage verabschiedet, die zwar einige Verbesserungen für Frauen enthielt (Öffnung und Zugang zu allen für Frauen geeigneten Berufen; Ausbau von Einrichtungen, die der Erwerbstätigen die Sorge um den Haushalt und die Familie erleichtern); wesentliche Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau wurden jedoch nicht geschaffen. Die Zuständigkeit der Frauen für die Reproduktionsarbeit innerhalb der Familie wurde gar nicht erst in Frage gestellt. Die umfassende Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozess war ebenso wenig das Ziel dieser Resolution wie die Vergesellschaftung der Hausarbeit als einer Grundvoraussetzung für die Frauenbefreiung.

Der Arbeitskräftemangel in der Nachkriegswirtschaft machte es aber notwendig, Frauen in großem Umfang für den Wiederaufbau und die Produktion heranzuziehen. Per SMAD-Befehl wurde daher das Prinzip der gleichen Entlohnung eingeführt. Außerdem sollte die Berufsnomenklatur überarbeitet werden. Beides stieß auf den Widerstand der männlichen Arbeiterschaft und deren Gewerkschaftsvertretungen. Statt die proletarischen Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren, wurden auf bürokratischem Wege Frauenkommissionen eingesetzt, welche die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren sollten. Dieses rein administrative Vorgehen der StalinistInnen war aber kaum dazu geeignet, die historisch überkommene Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft zu überwinden.

Bürokratismus statt Frauenbefreiung

Dazu hätte es einer breiten politischen Debatte in ArbeiterInnenbewegung und Gesellschaft bedurft, die sich schonungslos mit gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und Praktiken auseinandersetzt, die Frauen an einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hindern. Diese (für Männer und Frauen) schmerzhafteste Debatte wurde jedoch auf unterstem Niveau ausgetragen. Nicht die Frauen selbst artikulierten ihre

Bedürfnisse in organisierter Form, sondern der bürokratische Apparat bestimmte und legte fest. Wichtige Grundformen von Frauenunterdrückung – die Familie und die im privaten Rahmen erledigte Hausarbeit – standen nicht zur Disposition. So wurden auf dem Altar einiger Verbesserungen für Frauen die historischen Grundvoraussetzungen der Befreiung der Frau geopfert.

Die Schwangerschaftsunterbrechung wurde aufgrund medizinischer, ethischer und sozialer Indikation wegen der nach Kriegsende herrschenden materiellen Not und dem enormen Bedarf an weiblichen Arbeitskräften zunächst erlaubt. Doch schon 1950 wurde das Verbot wieder eingeführt. Änderungen des Ehegesetzes entfernten v. a. die nationalsozialistischen Bestimmungen. Dieses Hin und her gerade in der Abtreibungsfrage verweist sehr deutlich darauf, dass die stalinistische Frauenpolitik nicht an einer Strategie der Frauenbefreiung, sondern an konjunkturellen Erfordernissen der Entwicklung und an der Rücksicht auf bürgerliche Vorstellungen und Traditionen orientiert war.

Das traditionelle dreigliedrige Schulsystem wurde durch die achtklassige Pflichtschule für alle ersetzt. Bereits im Frühjahr 1946 wurde in den Ländern der SBZ das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ verabschiedet. 1959 wurde die zehnjährige Allgemeinbildende

Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule. Die Erweiterte Oberschule mit den Klassen 11 und 12 führte zum Abitur. (2)

Tradierte Rollenverteilung

Die Einheitsschule kann man als einen ersten Schritt begrüßen, um die bildungspolitische Benachteiligung für Frauen aufzuheben. Auch im Bereich der höheren Bildung (Abitur, Hochschulstudium) gelang es, die Benachteiligung von Mädchen und Frauen im Wesentlichen zu überwinden. Allerdings blieb die Rollenverteilung – Männer eher technisch/praktisch, Frauen eher „humanistisch“ – weitgehend erhalten. 1948 löste der FDGB die gewerkschaftlichen Frauenkommissionen auf. 1949 beschloss die SED die Auflösung der Betriebsorganisationen des DFD, deren Haupttätigkeitsfeld nunmehr der kommunale Bereich sein sollte. Bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte der DFD knapp 1,5 Millionen Mitglieder. Nur 30 % von ihnen waren jünger als 53 Jahre. Der Verband richtete in Bezirks- und Kreisstädten insgesamt 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Seit 1967 unterhielt der DFD Frauenakademien für politische Schulung sowie für Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik, was die staatstragende Rolle

und

Aufrechterhaltung der frauenfeindlichen Ideologie durch den DFD deutlich macht.

Statt Instrument der Überwindung der Benachteiligung der Frau war der DFD

vielmehr ein organisatorischer Rahmen für das „Ausleben“ der traditionellen Rolle der Frauen.

Die Illusion, ein geeintes, neutrales

Deutschland zu schaffen, wurde durch die unterschiedliche Praxis in den

Besatzungszonen zerstört. Während der Osten den Großteil der Reparationen an

die UdSSR leisten musste, griff im Westen 1948 die Hilfe des Marshallplans.

Frauen stellten die einzige verfügbare Arbeitskraftreserve dar. Daher sollten

ihnen gesetzliche Maßnahmen den Eintritt in das Erwerbsleben erleichtern. Mitte

der 1950er Jahre stagnierte der weibliche Beschäftigungsstand, was zum Ausbau

von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Dienstleistungssektors führte.

Wichtige gesetzliche Maßnahmen dieser Zeit waren die verfassungsmäßige

Verankerung der Gleichberechtigung der Geschlechter, des Prinzips der

Lohngleichheit und die Aufhebung der Benachteiligung unehelicher Kinder und

deren Eltern. Gleichzeitig jedoch wurden Ehe und Familie weiterhin als

Grundlage des Gemeinschaftslebens angesehen und unter den Schutz des Staates

gestellt.

Die Einbeziehung der Frauen in die produktive Arbeit stieß jedoch auf den Widerstand der Männer. Viele Betriebe weigerten sich, Frauen entsprechend ihrer Qualifikation oder überhaupt einzustellen. Die zunehmende Kritik der Frauen daran zwang die SED, deren Organisation auf betrieblicher Ebene zu unterstützen, um die Männer, v. a. die Gewerkschaftsfunktionäre, unter Druck zu setzen. 1952 empfahl das Politbüro der SED, die Wahl von Frauenausschüssen überall dort, wo eine größere Anzahl Frauen arbeitet, zu unterstützen. Bis Ende 1961 entstanden so ca. 20.000 Frauenausschüsse mit ca. 140.000 Mitarbeiterinnen, von denen drei Viertel parteilos waren. Obwohl die Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit den Ausschüssen verpflichtet waren, kam es dennoch immer wieder zu Konflikten, so dass letztere Mitte der 1960er Jahre von der SED gegen ihren Willen den Betriebsgewerkschaftsleitungen unterstellt wurden.

Degenerierter ArbeiterInnenstaat

Die Probleme der gleichberechtigten Integration von Frauen in den Produktionsprozess sind allerdings nicht nur einer verfehlten Frauenpolitik der SED oder männlichen Ressentiments geschuldet. Vielmehr drücken sie ein allgemeines Problem aller degenerierten

ArbeiterInnenstaaten aus. Es zeigte sich immer wieder, dass selbst positive Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, die es ohne Zweifel gab, im Widerspruch zu den starren, bürokratischen Verhältnissen der Gesellschaft insgesamt standen. Solange z. B. die Kindererziehung fast ausschließlich in der Zuständigkeit der Frauen lag – und dieser Umstand wird ja gerade durch die Aufrechterhaltung der tradierten Familienstrukturen konserviert –, waren nach wie vor nahezu ausschließlich Frauen für die Betreuung kranker Kinder zu Hause zuständig, was zu mehr Ausfällen an Arbeitsstunden führte. Unter diesen Umständen war es klar, dass BetriebsmanagerInnen lieber Männer als Frauen beschäftigten. Was dieses und viele andere Beispiele zeigen, ist die prinzipielle Unmöglichkeit, selbst Teilverbesserungen langfristig durchzusetzen, wenn die grundlegenden, strategischen Aufgaben nicht gelöst werden.

Die „Zentralverwaltung sowjetischen Typs“ wurde in mehreren Etappen in der DDR eingeführt. Von 1952 bis 1985 sank der Anteil des Privateigentums auf 4,6 %. Bis auf 6 % wurde die Agrarfläche in LPGen eingebracht. Der Anteil der Selbstständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (1955 noch 20 %) sank bis 1988 auf 2 %. 1986 gab es 224 Industriekombinate, in denen die Volkseigenen Betriebe (VEB)

zusammengeschlossen waren. In den Kombinatn wurde auch ein Großteil der Forschungspolitik, der Freizeit- und Feriengestaltung, der sozialen Sicherheit u. v. m. bestimmt.

Qualifizierung

Bis Ende der 1950er Jahre war die Wirtschaft von der starken Abwanderung v. a. qualifizierter Arbeitskräfte belastet (ca. 3 Millionen flüchteten aus der DDR), die erst durch den Mauerbau gestoppt wurde. Nun ging es nicht mehr zuerst um die quantitative Einbeziehung von Frauen in den Produktionsprozess, sondern um den Ausgleich des erhöhten Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Dies führte zur Aufstellung von Frauenförderungsplänen, zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Ausdehnung von Dienstleistungen. Der DFD unterhielt seit 1967 Frauenakademien für politische Schulung und Veranstaltungen mit kultureller und hauswirtschaftlicher Thematik. In Bezirks- und Kreisstädten richtete der DFD 210 „Beratungszentren für Haushalt und Familie“ ein. Dennoch wurde der DFD aufgrund seiner Funktion als Transmissionsriemen der herrschenden Kaste in das weibliche Proletariat hinein nie zur Organisation, der sich die Frauen zur Artikulierung ihrer Interessen bedient hätten.

Im Rahmen der Bildungsoffensive wurde von der Staatsführung eine Reihe von Frauenförderungsmaßnahmen beschlossen wie Frauensonderstudium oder verstärkte Qualifizierung von Frauen für technische Berufe. Frauen konnten sich nun für ihre berufliche Aus- und Weiterbildung freistellen lassen. Das Arbeitskollektiv musste jedoch den Produktionsausfall ausgleichen. Da auch in der DDR-Ökonomie die Entwicklung des Konsumgütersektors vernachlässigt wurde, vergrößerten Schlangestehen und der Mangel an effektiven Haushaltsgeräten die Arbeitslast der Frauen. Auch die Einführung eines monatlichen Hausarbeitstages, für den berufstätige Frauen von der Arbeit freigestellt waren, war eine widersprüchliche Maßnahme: einerseits galt die gesellschaftliche Anerkennung von Hausarbeit als notwendig und wurde in diesem Fall sogar bezahlt, andererseits wurde diese Tätigkeit wieder traditionell der Frau zugeordnet, was ihre Rolle als Aschenputtel nurmehr verfestigte und offiziell sanktionierte.

Hier soll auch auf ein grundsätzliches Problem der Gleichberechtigung der Frau in der DDR hingewiesen werden: die Doppelbelastung durch Beruf einerseits und Familie, Haushalt andererseits. Die Unterentwicklung des Dienstleistungssektors, der mangelhafte Grad der Vergesellschaftung der Hausarbeit und ein mangelhaftes Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs

brachten es mit sich, dass die Bewältigung des Alltagslebens sehr mühsam und aufwändig war. Dieser Aufwand wurde zum großen Teil von Frauen und nicht von Männern bewältigt. Die Gleichberechtigung stellte sich so in der Praxis oft einfach als Doppelbelastung der Frauen dar. Die relativ gute Kinderbetreuung konnte die Frauen zwar entlasten, jedoch das Problem der Überbelastung natürlich nicht lösen. Allgemein wurde in den Jahrzehnten des Stalinismus deutlich, dass eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft nicht möglich ist, ohne dass das allgemeine Niveau der Produktivität hoch ist, dadurch die Arbeitszeit deutlich verkürzt und somit auch die tradierte Arbeitsteiligkeit (die nicht nur eine zwischen Man und Frau ist) überwunden werden kann. Wie sollen Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilhaben, wenn die gesamte Zeit für Arbeit, Einkäufe etc. benötigt wird?

Reaktionäre Familienpolitik

Neben den Qualifizierungskampagnen traten verstärkt reaktionäre, familienpolitische Maßnahmen in den Vordergrund, z. B. wurde aufgrund steigender Scheidungsziffern die Eheauflösung erschwert. Trotzdem war eine Ehescheidung sowohl juristisch

als auch finanziell
im Vergleich zu den Regelungen der BRD einfacher. Ideologisch
wurde diese
„Wende“ 1965 mit dem Inkrafttreten des Familiengesetzes, das
die Familie als
„kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft“ definierte,
untermauert. Die
Familie war auch im Stalinismus eine Einheit der sozialen
Kontrolle und
Disziplin. (3)

Nach dem Mauerbau verzeichnete die DDR
dennoch die niedrigste Geburtenrate der Welt. Auch die
familienpolitischen
Maßnahmen konnten nicht zur Konstanz der Bevölkerungszahl
beitragen. Im Westen
gingen seit Ende der 1960er Jahre die hohen Geburtenraten der
GastarbeiterInnen die Bevölkerungszahl aus. In der DDR war der
Ausländeranteil
mit ca. 1 % sehr gering, außerdem dehnte sich die
Familienpolitik (wie
auch die sonstige Rechtssprechung) nicht auf die ausländischen
EinwohnerInnen
aus. Vietnamesinnen z. B. wurden bei Eintreten der
Schwangerschaft in ihr
Heimatland zurückgeschickt. Trotz der Bildungsoffensive
konzentrierten sich die
Hauptbereiche für Frauen im mittleren administrativen Bereich,
in
sozialhelferischen Tätigkeiten oder in schwerer, monotoner
Fabrikarbeit,
z. B. am Fließband. Gesellschaftlicher Aufstieg hing außerdem
ganz
wesentlich von der Loyalität gegenüber der herrschenden Kaste
und ihren
Institutionen ab. Die Verbesserung der Karriereöglichkeiten

wirkte sich aber stärker auf Frauen der Bürokratenschicht aus, während Männer weiterhin das Management besetzten.

Die von Mädchen und Jungen bevorzugten Ausbildungsbereiche unterschieden sich in der DDR kaum von denen der Jugendlichen in der BRD. Hier wie dort, damals wie heute konzentrierte sich die Mehrheit der Auszubildenden auf wenige Berufe. Trotz aller Betonung der Gleichheit für ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Intelligenz, trotz aller Behauptungen, die Chancengleichheit für ArbeiterInnenkinder zu erhöhen und v. a. ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenkinder studieren lassen zu wollen, war auch in der DDR die Ausbildungschance von Akademikerkindern höher als von Kindern mit Eltern, die eine acht- bis zehnjährige Schulzeit absolviert hatten. Andererseits gab es eine Reihe von Maßnahmen, um der traditionellen Benachteiligung von Nichtakademikerkindern positiv entgegenzuwirken. So waren der Anteil und v. a. die realen Chancen für ArbeiterInnenkinder zu studieren besser als in der BRD.

Die stalinistische Methode zur Produktionssteigerung war nicht eine Verstärkung der Technologie-Investition, sondern meist eine rein quantitative Ausdehnung der Produktion. Durch die bürokratische Unterdrückung und Gängelung des Proletariats

wurden nicht nur der Anreiz sondern auch fast alle strukturellen Möglichkeiten für die Planung und Verbesserung der Produktion beschnitten. Daher mussten die Anzahl der Arbeitskräfte erhöht und auch Frauen in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden. Gleichzeitig erforderte das aber auch, für eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften in der Zukunft zu sorgen, was durch die Geburtenförderung erreicht werden sollte.

Beruf und Familie

Seit Mitte der 1960er Jahre führten sinkende Geburtenraten und steigende Scheidungsquoten zu einer frauenpolitischen Kurskorrektur: Frauenpolitik wurde in Familien- und Mütterpolitik umgewandelt. Die Drei-Kind-Familie wurde propagiert, um die einfache Reproduktion zu gewährleisten. Das 1950 wieder eingeführte Abtreibungsverbot hatte die Zahl illegaler Abtreibungen in die Höhe schnellen lassen, was 1972 dazu führte, dass die Schwangerschaftsunterbrechung gesetzlich freigegeben wurde (4) – übrigens das einzige Gesetz, bei dem die Volkskammer keine Einstimmigkeit erzielen konnte! Sozialpolitische Maßnahmen wie Ehekredite, staatliche Geburtenhilfe, Erhöhung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, Arbeitszeitverkürzungen für berufstätige Mütter auf 40 Stunden

bei vollem

Lohnausgleich und Babyjahr flankierten diesen Wandel.

Solche Maßnahmen trugen zwar begrenzt

fortschrittlichen Charakter, verfestigten aber auf der anderen Seite auch die

Rolle der Frau in der Familie. Männer konnten diese Rechtsansprüche nicht

gleichberechtigt wahrnehmen, was die Zuständigkeit der Frauen für den

familiären Bereich untermauerte und ihre Unterdrückung festigte. Hinsichtlich

der zahlenmäßigen Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit und der damit

verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit trug die Frauenpolitik der DDR durchaus

emanzipatorische Züge, die zu einem „Gleichstellungsvorsprung der DDR gegenüber

der BRD“ führte. Ende der 1980er Jahre waren rund 90 % aller Frauen

berufstätig, davon hatten 87 % eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Kinderbetreuungseinrichtungen deckten 95 % des Bedarfs ab. (5)

Allerdings

war diese Gleichberechtigung nicht von den Frauen erkämpft.

Sie war „für Frauen

gemacht“ und reproduzierte den Traditionalismus im Geschlechterverhältnis.

Frauenarbeit hieß auch quasi „wesenhafte“ Zuständigkeit für Kinder, Familie und

Hausarbeit. Sexismus in der Erziehung und strenge Arbeitsteilung waren die

Norm. Mädchen wurden gedrängt, sozialhelferische und wenig qualifizierte Berufe

zu ergreifen. Nur einigen wenigen Vorzeige-Arbeiterinnen wurden Möglichkeiten

gegeben, in männerdominierte Bereiche vorzudringen.

Polarisierung

Die Familienpolitik begünstigte soziale Polarisierungen zwischen den Geschlechtern wie gravierende Einkommensunterschiede, Differenzen hinsichtlich beruflicher Entwicklungsverläufe wie auch unterschiedliche Zeitressourcen von Männern und Frauen. Ein Drittel der Frauen war teilzeitbeschäftigt. Die Entlohnung in typischen Frauenberufen lag im Durchschnitt ein Drittel unter jener der Männer, was den Vorteil der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann wieder schmälerte. Die Trennung vom Mann bedeutete auch im Stalinismus einen Verlust an Lebensstandard. Auch in der DDR besetzten Frauen die unteren Ränge der betrieblichen Hierarchie und jene gesellschaftlichen Arbeitsfelder, die neben einem geringeren Durchschnittseinkommen auch einen niedrigeren Status besaßen, während Männer weiterhin das politische Leben in Partei, Betrieben und Gewerkschaften dominierten.

Die Notwendigkeit, Beruf und Mutterschaft miteinander zu vereinbaren, führte dazu, dass Frauen häufiger als Männer in Berufe wechselten, die unterhalb ihrer Qualifikation lagen, oder dass sie Qualifizierungsmöglichkeiten nur beschränkt wahrnehmen konnten

und beruflich nicht so flexibel waren. Auch bildungspolitische Beschränkungen und betriebliche Rekrutierungsstrategien trugen zur Aufrechterhaltung von geschlechtsspezifischen Branchenaufteilungen bei. Trotz existierender Frauenförderungspläne ermöglichten sie den Betrieben, die bürokratische Entscheidung über die Vergabe von Ausbildungsplätzen, den Anteil weiblicher Lehrlinge gering zu halten. Nach der familienpolitischen Wende stiegen die Scheidungsquoten, was nur scheinbar ein Widerspruch ist und eine gewisse Rebellion der Frauen ausdrückt. Erstens hatte die Frauenpolitik die Frauen verändert, die Männer aber kaum. Zweitens blieben die Frauen dennoch in traditionellen Geschlechterstrukturen und Stereotypen gefangen. Steigende Scheidungsquoten gingen mit hohen Wiederverheiratungsraten einher. (6) Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug dagegen im Osten wie im Westen ca. 8 %.

80 % der Mitte der 1980er Jahre befragten Jugendlichen hatten in der Schule die Erfahrung gemacht, dass man nicht sagen durfte, was man dachte, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Formalismus und Routine bestimmten den Schulalltag. Der „vormundschaftliche“ Staat verlängerte sich auf diese Weise in die Schule hinein und verwies die

SchülerInnen auf die Position der Unmündigen, Abhängigen, Geleiteten. Die Familie war für viele eine vertraute Alternative, eine Art Gegenstruktur. Männer waren trotz der Berufstätigkeit der Frau immer noch die Hauptverdiener. Auch die Arbeitsteilung in der Familie erfolgte nach geschlechtsspezifischem Muster und prägte die Wertorientierungen Heranwachsender. Bis heute hat die Familie für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert, dabei haben die Auffassungen über geschlechtsspezifische Zuständigkeiten überdauert. (7)

Widersprüche

Die Errungenschaften der DDR in Bezug auf die Gleichberechtigung der Frauen waren vielfältig, unzureichend und widersprüchlich. Dem hohen Grad der Einbeziehung von Frauen ins Berufsleben (v. a. auch im Bereich der Industrie im Vergleich zum Westen), ihrer größeren ökonomischen Unabhängigkeit und damit zusammenhängend ihrem größeren Selbstbewusstsein standen auf der anderen Seite eine enorme Doppelbelastung im Alltag und eine nach wie vor überproportional starke Einbindung in Familie und Haushalt und das Fehlen eigenständiger Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten in Politik und Gesellschaft gegenüber. Die sozialen Errungenschaften der DDR – die Planung der Wirtschaft, die

Abschaffung des Privateigentums und die weitgehende Überwindung der Klassendifferenzierung – waren eine Basis, die nicht nur positiv für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau, sondern historisch gesehen sogar eine unverzichtbare Bedingung für die Erreichung dieses Zieles ist.

Doch die Herrschaft der bürokratischen Kaste der StalinistInnen verhinderte eine wirkliche Emanzipation der Frau doppelt: zum einen durch eine Frauenpolitik, die die vom Marxismus postulierte Ziele und Bedingungen ihrer Befreiung ignorierte und sie stattdessen den bornierten Bedürfnissen der Reproduktion ihres starren Gesellschaftsgefüges opferte; zum anderen, indem die Bürokratie die Weiterentwicklung der Gesellschaft Richtung Sozialismus blockierte und das Proletariat als deren Akteur fesselte. Das Beispiel von 40 Jahren DDR zeigt die historische Möglichkeit der Frauenbefreiung im Sozialismus wie auch die Unmöglichkeit, dieses Ziel mit den Mitteln des Stalinismus zu erreichen.

Kapitalistische Restauration

Aufgrund der Wiedervereinigung mit der imperialistischen BRD hat der Restaurationsprozess im Osten Deutschlands eine

gewisse Sonderstellung in der Restauration Osteuropas.

Trotz fast vollständiger Integration der Frauen in das Erwerbssystem der DDR war die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeit kaum in Frage gestellt, in manchen Bereichen eher noch verschärft worden. Relativ stabil blieben auch die für weibliche Erwerbsarbeit typischen Merkmale wie niedrigere Bezahlung typischer Frauenberufe; geringere Aufstiegschancen; schlechtere Bedingungen, höhere Qualifikationen auch tatsächlich anzuwenden. Für die Frauen der DDR wirkte Westdeutschland attraktiv durch die vermeintlichen demokratischen und individuellen Freiheiten, durch seinen Reichtum, das Konsumgüterangebot, die moderne Kleidung und durch gewisse sexuelle Freiheiten der Frauen des Westens.

Diese Attraktivität ging schnell verloren, als Marktpreise für Wohnen, Nahrung, Kinderbetreuung usw. bezahlt werden mussten. Die Einkommen im Osten stagnieren, während für Sozialversicherungspflichtige die Beitragsbemessungsobergrenzen weiter angepasst und die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung angehoben wurden. Für die Frauen Ostdeutschlands, die keine Alternative zum Hausfrauendasein haben, wurde die Abhängigkeit vom Einkommen des Mannes zur Kette, die sie an die Familie schmiedete. Merkmale feminisierter Armut schlagen nun auch voll auf

den Osten Deutschlands durch. Hauptgruppen sind wie im Westen alleinerziehende Mütter, arbeitslose Frauen und Frauen (Witwen) ohne eigene Versichertenrente. Dazu kommt, dass bei Frauen aller Altersgruppen Einkommensarmut häufiger auftritt als bei Männern. Auch schon während der Wende gab es Aktionen von Frauen für das Weiterbestehen der Kindereinrichtungen und der fortschrittlicheren Abtreibungsgesetze. Frauen waren auch aktiv im Kampf gegen den Stalinismus.

Mit wachsendem Selbstbewusstsein der reaktionären Kräfte ließen die Mobilisierungen der Frauen jedoch nach. Das lag u. a. auch daran, dass es in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in der DDR (SED, FDGB) keine eigenständigen Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten für Frauen gab und in der Wendezeit dieses Problem kaum gesehen wurde bzw. der Kampf darum durch die Gründung alternativer Organisationen wie dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) ersetzt wurde.

Mit dem Umschlagen der Revolution in die Konterrevolution änderten sich auch die Themen und die Organisationen der Frauen. Obwohl sie in Gestalt des UFV 1989 am „Runden Tisch“ teilnahmen, wurden im Zuge der Restauration ihre Interessen von allen Parteien übergeben.

Der FDGB, dem vor der Wende fast alle Werktätigen angehörten, löste sich am 30. September 1990 formal auf, nachdem er auf seinem letzten Kongreß die Satzung so geändert hatte, dass sich der Organisationsbereich des DGB nun auch auf die fünf neuen Länder und Ost-Berlin erstreckte. Es gab nur Einzelübertritte vom FDGB in den DGB, die Organisationsstrukturen in den neuen Bundesländern wurden faktisch neu aufgebaut. Die Übernahme von FunktionärInnen des FDGB in den DGB war selten.

Im ersten Jahr der Einigung konnte der DGB im Osten zunächst einen höheren Organisationsgrad verbuchen als im Westen, aber bedingt durch Arbeitslosigkeit und die Umstrukturierung der Wirtschaft ging er wieder zurück. Ende 1992 hatte der DGB 11 Millionen Mitglieder, davon 7,9 Millionen in den alten und 3,1 Millionen in den neuen Bundesländern. Der Anteil der weiblichen Mitglieder betrug in der Gruppe der ArbeiterInnen 32 %, in der Gruppe der Angestellten 56,4 % und bei den BeamtInnen 22,3 %.

Gewerkschaften

Zum Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades hat die Politik der Gewerkschaftsführung selbst in einem

nicht unerheblichen Maße beigetragen. Das deutsche Kapital zehrt noch heute, fast ein Jahrzehnt nach der Wende, von der Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsführung, das Proletariat im Kampf gegen die sozialen Auswirkungen der Restauration zurückzuhalten und die Spaltung in ost- und westdeutsche ArbeiterInnenklasse zu zementieren. Noch immer erhalten die ArbeiterInnen im Osten einen geringeren Lohn als im Westen. Wie wenig die von der Gewerkschaftsführung für den Osten favorisierten Abwiegelungsmodelle wie „Beschäftigungsgesellschaften“, ABM u. ä., die v. a. dazu dienen, den Anschein vorübergehender Strukturanpassungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, geeignet sind, einen „gesamtgesellschaftlichen Ausgleich der sozialen Härten“ der Restauration zu erreichen, wird nun, nachdem der kurze Nach-Wende-Boom vorbei ist und die Krise auf Gesamtdeutschland durchschlägt, immer offensichtlicher.

Der seit Juni 1990 festzustellende überproportionale Anteil von Frauen an den Arbeitslosen ist ein klares Indiz dafür, dass der Umbau des Wirtschaftssystems in der Ex-DDR keineswegs geschlechtsneutral verläuft. (8) Der im April 1991 erstmalig in den neuen Ländern durchgeführte Mikrozensus zeigte, dass die Erwerbsquote der Frauen von ca. 90 % auf 73 % gesunken war. Zwischen 1990 und 1992 wurden

2/3 der ostdeutschen Industrie zerstört. 1992 waren nur noch 750.000 in Industrie und Handel vollbeschäftigt. Das entsprach etwa einem Viertel des Beschäftigungsstandes von 1990. Die landwirtschaftliche Produktion sank bis Mitte 1992 auf die Hälfte. 1989 hatte die ostdeutsche Wirtschaft 9,6 Mio. Beschäftigte. 1992 waren 4 Mio. davon arbeitslos, in Kurzarbeit oder (als PendlernInnen, PensionistInnen, Hausfrauen u. ä.) vom Arbeitsmarkt verschwunden. (9)

Arbeitslosigkeit

Dabei erwies sich zunächst nicht so sehr das Entlassungsrisiko als geschlechtsspezifisch. Vielmehr sind die Chancen, ein neues Beschäftigungsverhältnis einzugehen, für Frauen geringer. 1995 betrug die „stille Reserve“, die keine Chance zu einem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt hat, 2,3 Millionen. Immer größer werdende Zahlen an Langzeitarbeitslosen und die sinkende Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führen dazu, dass die Zahl jener, die gleich an die Sozialbehörden verwiesen werden, wächst. So gab es 1995 300.000 Beschäftigte, die auf Sozialhilfe angewiesen und 2,5 Mio. Arbeitslose (Ostdeutschland), die wegen der niedrigen Lohnersatzleistungen teilweise zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen waren.

Die strukturellen Veränderungen des Erwerbssystems sind gekennzeichnet durch einen nachhaltigen Branchenumbau.

Grundtendenz ist dabei die Verminderung des Frauenanteils innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Diese Tendenz setzt sich unabhängig durch, ob es sich um eine Branche im Aufschwung, eine niedergehende oder stagnierende handelt, oder ob es sich um eher männer- oder frauentypische Erwerbsfelder handelt:

– In der DDR frauentypische Branchen werden zu Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen u. a. Dienstleistungen).

Unter den Bedingungen eines veränderten Arbeitsmarktes reflektieren Männer verstärkt auf diese Bereiche. In den privatisierten Ex-Treuhandfirmen des Dienstleistungsbereiches ist bis 1992 der Frauenanteil von 71 % auf 53 % zurückgegangen. Außerdem stagnieren die primären Dienstleistungen und die einfachen Bürotätigkeiten, während die qualifizierten sekundären Dienstleistungsbereiche ausgeweitet werden.

- Mischbranchen werden zu männerdominierten Branchen (übriges verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, Bahn, Post).
- Traditionell schon zu DDR-Zeiten männertypische Branchen schließen sich weiter gegen Frauenerwerbsarbeit ab

(Bergbau, Energiegewinnung, Bauwirtschaft, Metall-/Elektroindustrie). (10)

Geschlechtsspezifisch differenzierte Entwicklungsverläufe sind auch hinsichtlich der beruflichen Stellung zu beobachten. Bereits im Frühjahr 1991 waren kaum noch Frauen in Leitungspositionen beschäftigt. Bei hochqualifizierten Führungs- und Berufspositionen beträgt der Frauenanteil deutlich unter einem Zehntel. (Nur bei einigen akademischen Berufen sind die Frauen in der Überzahl: Lehrerinnen 55 %, Schulleitung jedoch nur 20 %, Ärztinnen und Apothekerinnen 46 %). (11) Damit haben sich auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern weiter verstärkt. Während 1991 von den männlichen Erwerbstätigen 7 % ein Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Mark monatlich hatten, waren es bei den Frauen nur 0,8 %.

Frauen sind auch häufiger als Männer von Kurzarbeit betroffen, da sie häufiger in Kleinbetrieben ohne Zuschusszahlungen tätig sind und sich auf Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe konzentrieren, die auch in kurzarbeitenden Betrieben von Entlassungen betroffen sind.

Einzelne Berufsgruppen sind überproportional von Frauen besetzt: Tierpflege, Textilverarbeitung,

Warenkaufleute, Bürofachkräfte, ärztliche Pflege- und Hilfsberufe, Sozialpflegeberufe, Reinigungsdienste. (12) Weniger als 36 Stunden wöchentlich arbeiten 3,4 % der Männer und 32,6 % der Frauen. 1991 betrug der Anteil der Frauen bei den Selbstständigen 25,7 %, bei den mithelfenden Familienangehörigen 84 %, bei den BeamtInnen 22,3 %, bei den Angestellten 56,2 % und bei den ArbeiterInnen 29,8 %.

Erwerbsneigung

Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist wie die Orientierung auf die prinzipielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie nahezu ungebrochen. Für 1991 seien folgende Vergleichszahlen für erwerbstätige Frauen mit Kindern genannt: Von 100 Frauen der Altersgruppe der 25–29-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 81, in den alten Bundesländern 50; von der Altersgruppe der 30–34-Jährigen arbeiteten in den neuen Bundesländern 84 und in den alten 54. Eine möglichst kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen gehört nicht nur zu den kulturellen Erfahrungen der Frauen, sondern auch der Männer.

Ostdeutsche Männer halten es zu 93 % für selbstverständlich, dass ihre Partnerin erwerbstätig ist, wenn keine Kinder

im Haushalt leben (75 % der westdeutschen Männer). Ist ein Kleinkind zu versorgen, so sind 54 % der ostdeutschen Männer für eine Teilzeitbeschäftigung der Frau (21 % der westdeutschen Männer). Unter diesen Bedingungen plädieren 78 % der westdeutschen Männer für einen Ausstieg aus dem Beruf (ostdeutsche 37 %). (13) Für die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen vollzieht sich der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit nicht als familienbedingte Unterbrechung, sondern als unfreiwilliger Verlust des Arbeitsplatzes.

Warteschleife

Dementsprechend zeigen sie durchaus Mobilität und Flexibilität, wenn es darum geht, sich auf neue Arbeitszusammenhänge einzulassen: Qualifizierung, ABM-Maßnahmen und Projektbeschäftigung werden als Mittel gesehen, um sich im Erwerbssystem zu halten. 2 Mio. insgesamt „entlasteten“ 1995 den Arbeitsmarkt durch solche „arbeitsmarktpolitischen Instrumente“. 500.000 hatte der öffentlich geförderte „zweite Arbeitsmarkt“ (ABS, ABM, §249 AFG) zur gleichen Zeit aufgesogen. Die Beschäftigung von Frauen nimmt auch auf dem „dritten Arbeitsmarkt“ zu, der durch die Legalisierung der Beschäftigung von Arbeitslosen oder SozialhilfeempfängerInnen außerhalb des Tarifsystems entsteht

und ständig wächst. Gleichzeitig nimmt die „geringfügige Beschäftigung“ (nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit unter 20 Stunden) zu. 1995 waren in der gesamten BRD 2,5 Mio. „geringfügig beschäftigt“.

Im Zuge härter werdender Verteilungskämpfe werden sich die geschlechtsspezifischen Differenzierungslinien wie die zwischen den einzelnen Frauengruppen auch entlang solcher Merkmale wie Mutterschaft oder kinderlos, alleinerziehend oder mit Partner, Kinderanzahl usw. vertiefen. Die ausschließliche Zuständigkeit für Haushalt und Kinder schränkt die räumliche und zeitliche Mobilität der Frauen ein. Die weitere Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verkürzung der Öffnungszeiten unter dem Vorwand der „geburtenschwachen Jahrgänge“ führen zu weiterer Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Frauen, insbesondere Ostfrauen, zählen schon heute zu den „Unterversorgungsrisikogruppen“ genauso wie kinderreiche Haushalte in Ost und West. Das materielle Lebensniveau sinkt eindeutig mit steigender Kinderzahl. Sinkende Geburtenraten (14) wie rückläufige Eheschließungs- (15) und Scheidungsquoten (16) zeigen, dass auch im Osten die Risiken der Individualisierung durch eine veränderte Lebensplanung minimiert

werden sollen. (17) Vor allem Alleinerziehende (18) – überwiegend Frauen; der Anteil der alleinerziehenden Männer betrug 1991 in Deutschland 14 % – sind in den neuen Bundesländern von den Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Gründe dafür sind v. a. der Wegfall des Kinderbetreuungsnetzes, die zeitlichen und räumlichen Grenzen für Umschulungsmöglichkeiten oder die durch die Überbelastung bedingte erhebliche Reduktion von sozialen Kontakten.

Nur 3 % der ostdeutschen Frauen können sich ein Leben als „Hausfrau“ vorstellen. 2/3 der Frauen würde auch arbeiten, wenn sie das Geld nicht bräuchten. Aber inzwischen sind es fast 46 %, die eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit für die Kinderbetreuung ins Auge fassen (Dreiphasenmodell). (19) Arbeitslosigkeit und Mangel an bezahlbaren wie an Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt zwingen die Frauen oft, zu Hause zu bleiben. Gleichzeitig sind immer mehr Beschäftigte zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen. (20)

Ungleichheit

Obwohl sich im Westen Deutschlands die Quoten der Chancengleichheit durch verbesserte höhere Schulbildung bei Jungen

und Mädchen angeglichen haben, wobei die Mädchen in vielen Positionen sogar eine deutliche Überlegenheit zeigen, so ist die Schlechterstellung von Frauen in der späteren Arbeits- und Berufswelt eindeutig dokumentierbar.

Entgegen den Behauptungen der durch die Wende endlich erreichten „Freiheit“ erweist sich die deutsche Nachwende-Realität als wenig segensreich für Frauen. Unter dem Druck des mit der Restauration wiedereingeführten Mehrwertgesetzes als Grundprinzip des Wirtschaftens sind eine ganze Reihe von sozialpolitischen Errungenschaften der DDR entweder beseitigt, eingeschränkt oder kaum noch erschwinglich geworden. Weniger oder kaum noch erschwingliche Kinderbetreuung stellt Frauen stärker als in der DDR vor die Alternative Beruf oder Kinder.

Wachsender Leistungsdruck in den Arbeitsverhältnissen erschwert eine Berufstätigkeit für Frauen (v. a. mit Kindern) zusätzlich. Trotz gewisser Verbesserungen und Erleichterungen im Alltagsleben ist die traditionelle Rolle der Frau innerhalb von Familie und Haushalt weiter ungebrochen und teilweise sogar verstärkt worden. Dazu trägt auch das über die Medien massiv verbreitete tradierte Frauenbild bei.

Vor allem aber ist die Stellung der Frauen

innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und im Klassenkampf keine bessere als zu Zeiten der DDR. Gerade eine solch eigenständige und aktive Beteiligung von Frauen im Klassenkampf ist aber die entscheidende Bedingung für die Überwindung der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft. Der DFD bildete in der Volkskammer eine eigene Fraktion, der zuletzt 35 Frauen angehörten und deren hauptamtliche Funktionärinnen – überwiegend SED-Mitglieder – die Aufgabe hatten, die Politik der Partei im DFD durchzusetzen.

Mit dem Entstehen der Oppositionsbewegung der DDR Ende der siebziger und in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden auch reine Frauengruppen um ökologische oder friedenssichernde Fragen wie z. B. die Initiative „Frauen für den Frieden“, die sich aus Protest gegen das 1982 verabschiedete neue Wehrdienstgesetz gegründet hatte, dem zufolge im Verteidigungsfall auch Frauen eingezogen werden sollten. Diese Frauengruppen, die zusammen etwa 300 Mitglieder zählten, trafen sich unter dem Dach der evangelischen Kirche.

Noch 1948 hatte die SMAD die Gründung der Evangelischen Kirche Deutschlands in Eisenach als „kirchliche Vorwegnahme der staatlichen Wiedervereinigung“ begrüßt. Die katholischen

Bistümer Fulda,
Osnabrück, Paderborn und Würzburg ragten in das DDR-Territorium, was zusammen mit der Gründung der EKD und den alle zwei Jahre im Wechsel stattfindenden Katholikentagen und evangelischen Kirchentagen eine gesamtdeutsche Klammer bildete. Obwohl die SED bestrebt war, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, und zuletzt der Anteil der Kirchengliederung deutlich unter 30 % (in den Industriezentren unter 10 %) gesunken war, ließ sich die stalinistische Partei von der „Weltöffentlichkeit“, die sie an das „welthistorische Erbe“ gemahnte, und im Interesse der „friedlichen Koexistenz“ zu einem kirchenpolitischen Zickzackkurs verleiten.

Die Kirche stellte den DDR-Oppositionellen die Kommunikationshilfe zur Verfügung, mit der sie Kontakt mit Gleichgesinnten außerhalb der DDR unterhalten konnten. Die DDR-Oppositionellen, auch die Frauengruppen, waren stark von westlichen Ideologien wie Pazifismus und Feminismus beeinflusst und konnten sich nicht aus der Kleinbürgerlichkeit der Bürgerbewegung lösen. Ihre Forderungen umfassten Quotenregelungen auf allen Parteiebenen, für alle Funktionen und Mandate, spezielle Frauengremien im Staatsapparat, in Parteien und Gewerkschaften sowie flexible, familienorientierte Arbeitszeiten. Diese Forderungen übernahmen während der Wende – mal stärker,

mal weniger betont – alle Parteien, so auch die DDR-CDU, die mit 46 % den stärksten Frauenanteil hatte.

Am „Runden Tisch“

Unter dem Slogan „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ konstituierte sich im Dezember 1989 der UFV als Dachverband von damals 20 Gruppierungen. Er ging mit der Grünen Partei eine Listenverbindung für die Volkskammerwahl ein, die er jedoch wieder löste, weil sich für ihn durch seine Listenplatzierung keine Parlamentssitze ergaben. Im Februar 1990 gehörten dem Verband bereits 34 Frauengruppen an. Sie gaben sich ein Statut und ein Programm und öffneten sich 1992 auch für westdeutsche Mitglieder.

Die Tatsache, dass Mitglieder der Berliner Basisgruppen ohne Wissen der Provinzgruppen Vorsitz und Sprecherfunktion in der Organisation übernahmen, zeigt, dass sich Strukturen und Befugnisse trotz aller Betonung der „Basisdemokratie“ ohne wirkliche demokratische Legitimation durchsetzten. Die Berliner Gruppen entschieden auch über die Teilnahme und personelle Vertretung am „Runden Tisch“. Der UFV hatte im Kabinett der klassenkollaborationistischen Modrow-Regierung einen

Ministerrang inne. (21)

Der Verband sah sich als eine eigenständige politische Interessengemeinschaft von Frauen und als Bestandteil der weltweiten Frauenbewegung, die „für die Abschaffung unterdrückender Herrschafts- und Denkstrukturen kämpft, die eine gewaltlose, demokratische, ökologisch stabile, sozial gerechte und multikulturelle Welt schaffen will“. Grundsätzliche Fragen wurden allerdings schon bald von akuten existentiellen Problemen überlagert. Die Frauengruppen setzten sich nun vorrangig für den Erhalt des sozialen Besitzstandes ein.

Soziale Sicherung der individuellen Existenz und Wohlfahrt, die sich in erster Linie über Erwerbsarbeit herstellt, wurde in den letzten Jahrzehnten für Frauen immer wichtiger und hat heute schon fast den traditionellen Ausgleich der Lastenverteilung über die lebenslange Versorgung abgelöst – auch weil die Verlässlichkeit dieses Arrangements abnimmt.

Für die BRD – wie für andere imperialistische Länder auch – gab es in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Schwerindustrie und der Fabrikarbeit bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Leichtindustrie und des Dienstleistungssektors. (22)

Auffällige Merkmale

dieser Entwicklung der Produktionsstruktur sind der Rückgang der Beschäftigten

in Land- und Forstwirtschaft, der Rückgang der Selbstständigen und mithelfenden

Familienangehörigen, der Anstieg der unselbstständig Beschäftigten auf fast

neun Zehntel aller Erwerbstätigen und der enorme Anstieg der Beschäftigten im

Dienstleistungssektor.

Modernisierungstheorie

Dieser Prozess, der dem Anstieg von

Frauenarbeit zugrunde liegt, wird in der feministischen Debatte mit „Modernisierung

der kapitalistischen Gesellschaft“ bezeichnet und jetzt einfach auf die Ex-DDR

übertragen. D. h., der Restaurationsprozess wird mit nachholender

„Modernisierung“ gleichgesetzt, bei dessen Abschluss sich die Lage der Frauen

auf das westliche Niveau eingepegelt haben wird.

Inhalt der „Modernisierungstheorie“ ist,

dass in allen sich industrialisierenden Ländern Urbanisierung, Alphabetisierung, politische Teilhabe, Differenzierung und

Autonomie, soziale

und geographische Mobilität ansteigen und die traditionelle und lokale

Orientierung notwendigerweise einer nationalen und schließlich kosmopolitischen

weichen müsse. Auf die kapitalistische Wiedervereinigung

bezogen heißt das: Die Mehrheit der BürgerInnen der DDR habe das Gesellschaftssystem der BRD mit Konkurrenz, Marktwirtschaft, Konsum, Mobilitätsmöglichkeit und Wohlfahrtsstaat als eines ohne Alternative anerkannt. Eindeutige „Modernisierungsrückstände“ habe es bei der Ausbildung von sozialen Bewegungen und Pluralismus, von Partizipation und einer Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile gegeben und diese würden jetzt nachgeholt.

Diese auf reinem Empirismus aufgebaute Theorie lässt die Grundlagen, auf denen ein Gesellschaftssystem aufgebaut ist, den Boden, auf dem Urbanisierung, Alphabetisierung, Mobilität oder politische Teilhabe gedeihen und vergehen können, völlig außer Acht. Soziale Bewegungen und Pluralismus erscheinen so als „Errungenschaften“ der in der „Modernisierung“ am weitesten fortgeschrittenen Staaten und nicht als Ausdruck der Widersprüchlichkeiten des jeweiligen Gesellschaftssystems.

So übersieht der Feminismus eine der bedeutendsten Veränderungen in der Gesellschaft der Ex-DDR – ihre Differenzierung in Klassen aufgrund der Änderung der Eigentumsverhältnisse. Auch die Frauen gehören nunmehr unterschiedlichen Klassen an. Ihre verschiedenen objektiven Interessen sind mit einheitlich geschlechtsspezifischer Politik nicht mehr vereinbar.

Denunziation

Zwar schlossen sich die FeministInnen nicht im vollen Ausmaß der bürgerlichen Meinungsmache an, die alle Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR als „stalinistische Misswirtschaft“ denunzierte, aber sie erklärten, dass der „Gleichstellungsvorsprung“ für die Frauen der EX-DDR ihnen geschenkt worden sei und sie jetzt, wo es die „freigiebige“ Hand der Bürokratie nicht mehr gäbe, um ihre Rechte genauso kämpfen müssten wie die Frauen im Westen.

Im Westen hatte allerdings der Feminismus wesentlichen Anteil daran, den Kampf der Frauen von dem des Proletariats zu trennen und ihn auf diese Weise in die Irre zu führen. Auch in der Frage der Wiedervereinigung ging der Feminismus von einer für alle Frauen geltenden Ausgangslage aus. Auf der Ost-West-Frauenkonferenz 1990 hatten die westlichen FeministInnen nur ihre ewige Litanei über das überall gleiche Patriarchat parat und enthielten sich jeder geistigen Anstrengung über die Aufgaben, vor denen sich die Frauen in der Ex-DDR angesichts der bevorstehenden Einengung ihres Lebens durch die Restauration gestellt sahen.

So ignorierte der Feminismus die grundlegende Aufgabe für das deutsche Proletariat, die

Restauration auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu verhindern und die politische Revolution zu einer sozialen im Westen auszuweiten. Für ihn gab es die Frage der Errichtung einer Klassengesellschaft nicht. Die Aufgabe sollte vielmehr heißen, positive Errungenschaften der Frauen im Osten auch auf den Westen zu übertragen.

Feministische Ignoranz

Zu den positiven Errungenschaften zählte für die FeministInnen an vorderster Stelle die Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch, aber schon nicht mehr unbedingt der Bestand an betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. So kam von den FeministInnen bezeichnenderweise keinerlei Unterstützung für den zehnwöchigen Kitastreik im Frühjahr 1990 im Westen Berlins. Andererseits ist es dem Feminismus strukturell auch schwer möglich, selbst effektive Kampfschritte zu setzen, da der Feminismus sich ja eben gerade als „unabhängig“ von der ArbeiterInnenbewegung sieht und aus diesem Grunde auch nichts dazu unternimmt, in den ArbeiterInnenorganisationen selbst dafür zu kämpfen, „Frauenthemen“ zu einem integralen Bestandteil der Politik dieser Organisationen zu machen. Unterstützung kam vor allem aus dem Ostteil der Stadt, wo es

gleichzeitig

Aktionen von Frauen gegen die Schließung von betriebseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen gab.

Der Feminismus besteht auf der unabhängigen

Organisierung von Frauen, um die Gleichheit mit den Männern in der Gesellschaft

durchzusetzen. Er sieht den Kampf der Frauen als abgetrennt und unabhängig vom

Klassenkampf, statt sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen

Frauenunterdrückung ein Teil des Kampfes der gesamten ArbeiterInnenklasse wird.

Mit dem Argument, dass die Interessen der Frauen sich nicht nur von den Männern

unterschieden, sondern ihnen sogar entgegengesetzt seien, lehnt er eine

gemeinsame Organisierung mit den Männern ab und plädiert für den

Zusammenschluss der Frauen aller Klassen. Diese Position schwächt die

ArbeiterInnenbewegung.

Radikale FeministInnen geißeln die

Unfähigkeit der bürokratischen Gesellschaften und meinen, das Leid der Frauen

dort habe gezeigt, dass der Sozialismus keine Garantie für die Frauenbefreiung

sei. Tatsächlich war die Vergesellschaftung der Hausarbeit in der DDR völlig

ungenügend (wie übrigens, wenn auch in anderer Weise auch im Kapitalismus), die

Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt war groß. Viele Errungenschaften waren

auf einem so schlechten Niveau, so dass kurz nach der Wende

viele Frauen froh waren, zu Hause bleiben zu können, um sich um die Familie zu kümmern. Solange sie in der schlecht organisierten, häufig monotonen und mühseligen Betriebsarbeit steckten, schien ihnen das attraktiv. Der radikale Feminismus übersieht aber, dass diese Gesellschaften nie sozialistisch waren, sondern eine Bürokratie die der ArbeiterInnenklasse zustehende Macht an sich gerissen hatte. Der „demokratische“ Kapitalismus wurde von der Opposition (auch von den Frauengruppen), von westlichen Medien und PolitikerInnen und sogar von den StalinistInnen selbst als Ausweg aus der Krise der Planung gepriesen. Inzwischen haben auch die Frauen in der Ex-DDR gemerkt, dass ihnen der Kapitalismus keine Perspektive bietet.

Der „sozialistische Feminismus“, wenngleich weniger separatistisch, teilt dennoch die Idee, dass die Strukturen der Frauenunterdrückung getrennt von anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen existieren. Diese Idee des eigenständigen Patriarchats lässt ihn ebenfalls zu der Aussage kommen, dass Frauen sich „autonom“ organisieren sollten.

Kleinbürgerlich

Die „sozialistischen Feministinnen“ betreiben in Wirklichkeit eine Politik, die den Interessen kleinbürgerlicher Frauen entgegenkommt (z. B. deren Aufstieg in Führungspositionen). Dabei bedienen sie sich durchaus systemkonformer Methoden, die sie sonst als typisch für das patriarchalische Machtgefüge anprangern, wie z. B. im Fall der gestürzten hessischen Umweltministerin Margarethe Nimsch, die es als ihre feministische Pflicht ansah, eine Parteifreundin zu begünstigen, oder der Hamburger Sozialsenatorin, die familienorientiert genug war, einer Institution, der ihr Mann als Geschäftsführer diente, einen satten Auftrag zuzuschancen.

Sozialistische FeministInnen stehen häufig im Dienst der reformistischen Parteien, die zwar verbal für die Emanzipation eintreten, konkret jedoch häufig Sozialabbau vorantreiben, der zu Lasten der Frauen geht (z. B. Privatisierung von Betrieben, öffentlichem Dienst und Sozialfürsorge).

Den „sozialistischen Feminismus“ interessieren die Sorgen und Probleme der Mehrheit der proletarischen Frauen in Wirklichkeit nicht. Die Begeisterung über den virtuellen Feminismus von Gleichstellungsbeauftragten, Frauenministerien und Quotenregelungen verleugnet die Realität, die für die Mehrheit der Frauen, trotz größerer

Einbeziehung in
Produktion und gesellschaftliche Funktionen weiterhin in
Unterdrückung,
Schlechterstellung, Abhängigkeit vom Mann und Zuständigkeit
für die Familie
besteht.

Die Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS
fasst „Analyse“ und „Programm“ in zwei Sätze: „Frauen dürfen
nicht länger zur
Anpassung an männliche Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen
sein.
Frauendiskriminierung zu beseitigen, setzt nicht nur
rechtliche Gleichstellung
voraus, sondern erfordert Umdenken in allen Lebensbereichen.“
(23)

Das erklärte Ziel der PDS heißt
„demokratischer Sozialismus“ und soll aus Marktwirtschaft mit
parlamentarischer
Demokratie und ganz viel sozialer Gerechtigkeit bestehen. Da
passt es schlecht,
dass es eben die Marktwirtschaft, das kapitalistische System
ist, das aus der Frauenunterdrückung
genügend Vorteile zieht, um sie ständig weiter zu
reproduzieren. Nicht der
Kapitalismus, sondern angeblich männliche Wert- und
Lebensvorstellungen zwingen
Frauen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, zwingen sie, zu
gebären, zwingen sie
in ungeschützte und Teilzeitarbeitsverhältnisse usw. Warum
sollten Männer dann
umdenken und warum hat die PDS – deren Frauenanteil unter dem
der Männer liegt
– die von LISA aufgestellten, durchaus begrüßenswerten

Forderungen wie
ersatzlose Streichung des §218 StGB oder gleichen Lohn für
gleiche Arbeit
überhaupt übernommen?

Reformismus

Vom Stalinismus, der die
ArbeiterInnenklasse im Namen einer „friedlichen Koexistenz mit
dem
Kapitalismus“ niederhielt, ist die PDS zu einem
sozialdemokratischen
Reformismus konvertiert, der keine Klassen mehr kennt, sondern
nur noch
individuelle „Wert- und Lebensvorstellungen“, die je nach
Interpretationsbedarf
in von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgekoppelte
Gegensätze gestellt
werden: „konservativ und reformerisch“, „rechts und links“,
„männlich und
weiblich“.

Natürlich ziehen auch die Männer der
ArbeiterInnenklasse handfeste Vorteile aus der
Frauenunterdrückung: Sie
erhalten im allgemeinen bessere Löhne und haben meist bessere
Arbeitsbedingungen als die Frauen. Zusätzlicher Nutzen
erwächst ihnen daraus,
dass die Frauen den Großteil der Hausarbeit oft zusätzlich zur
Lohnarbeit
machen. Die Familienstruktur verfestigt diese Situation, die
sexistische
Ideologie der männlichen Dominanz in ihr bringt die Männer

dazu, ein Verhalten anzunehmen, das die Frauen direkt unterdrückt.

Aber die Vorteile, die Männer der ArbeiterInnenklasse aus der Frauenunterdrückung ziehen, sind in historischem Ausmaß so gering, dass die Nachteile, die sich aus der Frauenunterdrückung ergeben, unvergleichlich schwerer wiegen. Flexibilisierte Arbeitszeiten, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Löhne der Frauen üben auf jene der Männer einen ständigen Druck aus. Im Verbund mit der sexistischen Ideologie wird eine Spaltung innerhalb der Klasse aufrechterhalten, die ihre kollektive Kraft schwächt. Das Proletariat insgesamt hat ein historisches Interesse am Sturz des Kapitalismus, um der Frauenunterdrückung die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die Männer der ArbeiterInnenklasse sind daher die strategischen Verbündeten der Frauen im Kampf gegen das kapitalistische System.

Verschleierung

Diese Tatsache zu verschleiern, sind alle feministischen Richtungen, erst recht der bürgerliche Feminismus in Gestalt des Deutschen Frauenrates, bemüht. Der Deutsche Frauenrat (DF) ging 1969 aus dem „Informationsdienst für Frauenfragen“ hervor, in dem sich 1951

nach dem Zweiten Weltkrieg neu oder wieder gebildete Frauenverbände zusammengeschlossen hatten. Er versteht sich in der Traditionslinie des Bundes Deutscher Frauenvereine und „will Veränderungen ausschließlich auf den üblichen Wegen des herrschenden Gesellschaftssystems erreichen“. Dazu muß sich der DF als „überparteiliche und -konfessionelle Dachorganisation“ „am Konsens seiner Mitglieder orientieren“.

Die Vielfalt der Mitglieder spiegelt sich im Vorstand, in dem die Bundesfrauenvertretung des Deutschen BeamtInnenbundes, der Deutsche ÄrztInnenbund, der Deutsche JuristInnenbund, die Evangelische Frauenarbeit, der Katholische Deutsche Frauenbund, der Deutsche Sportbund, der JournalistInnenbund, der Deutsche Landfrauenverband und – der DGB vertreten sind. Die Monatszeitschrift des DF „Informationen für die Frau“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. In allen 16 Bundesländern gibt es Landesfrauenräte, die eng mit dem Deutschen Frauenrat zusammenarbeiten.

Dass die Existenz dieser Organisation kaum bekannt ist, obwohl sie nach eigenen Aussagen elf Millionen Frauen einschließlich Mehrfachmitgliedschaften vertritt, zeigt, wie wenig die Belange der proletarischen Frauen und damit die tatsächlichen

Probleme, vor denen der Kampf für die Frauenemanzipation gestellt ist, in diesem Gremium zum Zuge kommen. Zur Erinnerung an die Gründung des BDF vor 100 Jahren organisierte der Deutsche Frauenrat am 5. März 1994 eine Kundgebung in Bonn gegen die „fortwährende Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung“. Nur drei Tage später, am Internationalen Frauentag des gleichen Jahres, hatte der DF zur Benachteiligung von Frauen nicht mehr viel zu sagen.

Diese Organisation existiert trotz aller gleichstellungspolitischen Phrasen nur, um die Interessen und den Kampf der Frauen der Aufrechterhaltung des bürgerlichen Systems unterzuordnen. Die Organisationen der proletarischen Frauen haben darin nichts verloren.

Endnoten

(1) „Beteiligung am Erwerbsleben“, Quelle: Statistisches Bundesamt.

(2) Mit einer Abiturientenquote von 13 % lag die DDR deutlich unter jener der BRD mit ca. 35 % pro Altersjahrgang.

(3) Lesart nach „Kleines politisches

Wörterbuch“: „...In der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich die Familie auf der Grundlage des gleichen sozialen Verhältnisses ihrer Mitglieder zum sozialistischen Eigentum und der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau immer mehr zu einer stabilen Lebensgemeinschaft, in der die Fähigkeiten und Eigenschaften Unterstützung finden, die das Verhalten der Menschen als sozialistische Persönlichkeit bestimmen. Insbesondere für die Charakterbildung der Kinder, ihre Erziehung zu gesunden, lebensfrohen, allseitig gebildeten Menschen und bewussten StaatsbürgerInnen haben harmonische Familienbeziehungen eine große Bedeutung. Weil die Stabilität der Familie außerordentlich wichtig für die Weiterentwicklung der ganzen Gesellschaft ist, garantiert die Verfassung der DDR u. a. jedem/r BürgerIn das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner/ihrer Ehe und Familie...“

(4) In der BRD wurde 1974 der Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Voraussetzungen legalisiert.

(5) Quelle: „Initial 4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(6) In den alten Bundesländern waren von den 23,4 Millionen Haushalten 1991 9,4 Millionen, d. h. ca.

40 %

Familienhaushalte, davon 51 % Familienhaushalte mit einem Kind und

37,8 % mit zwei Kindern. In den neuen Ländern und Ost-Berlin sind die

Zahlen ganz ähnlich: 50,9 % Familienhaushalte mit einem Kind, 40,8 %

mit zwei Kindern.

(7) Quelle: „Initial4“: Artikel „Deutschlands Frauen nach der Wende“ von Hildegard Maria Nickel.

(8) „Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland, April 1991“, in: Bernd Schäfer:

„Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S.185.

(9) 1,2 Millionen waren als arbeitslos registriert. Der größere Teil war in „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“

untergebracht bzw. verschwand durch Kurzarbeit, Frühpensionierung u. ä.

aus der Statistik.

(10) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(11) „Frauenanteile in Spitzenpositionen verschiedener Institutionen, aus Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 247.

(12) „Typische“ Frauenberufe sind v. a. HauswirtschaftsgehilfInnen und -verwalterInnen (97,1 %), SprechstundenhelferInnen (99,6 %), KindergärtnerInnen und -pflegerInnen (98,6 %), Krankenschwestern und -pfleger (83,6 %) und VerkäuferInnen (80,2 %) – alle Zahlen 1984 für die alten Bundesländer. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(13) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(14) Gegenüber 1990 gab es 1991 einen Geburtenrückgang um 39,6 %. Dieses drastische Geburtentief verringerte sich 1992 nochmals um 18,1 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(15) Der Rückgang der Eheschließungen gegenüber 1990 betrug 1991 50,4 % und sank 1992 gegenüber 1991 auf 4,5 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(16) Der Rückgang der Ehescheidungen betrug von 1990 auf 1991 72 %. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(17) Tabelle „Ehescheidungen in der BRD/DDR

bzw. alten und neuen Bundesländern“, in: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“, S. 127.

(18) 1991 betrug der Prozentanteil nichtehelicher Geburten in Deutschland 15 % mit einem sehr hohen Anteil von 40 % in den neuen Bundesländern. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(19) Quelle: „Initial 4“: Artikel von Hildegard Maria Nickel: „Deutschlands Frauen nach der Wende“.

(20) Wenn man als Schwellenwert für Armut zugrunde legt, dass weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügbar sind, so mussten 1992 6,5 % aller westdeutschen Haushalte und 12,7 % aller ostdeutschen Haushalte als arm bezeichnet werden. (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland“).

(21) Der einzige größere Erfolg des UFV war, maßgeblich daran mitgewirkt zu haben, dass für eine Übergangszeit auf dem Gebiet der Ex-DDR die im Vergleich zum Westen fortschrittlichere Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch weiterbestand. Dies spiegelt sich bis 1992 auch in den Zahlen wider: In den alten Ländern wurden 75.000 Schwangerschaften legal abgebrochen, davon fast 90 % aus

„schwerer
Notlage“, in den neuen Ländern (mit etwa einem Viertel der
Bevölkerung) wurden
44.000 Schwangerschaften abgebrochen.

(22) „Anteile der Produktionssektoren an
der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1950 in
%“ und Tabelle

„Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt im
früheren

Bundesgebiet in %“ (Quelle: Bernd Schäfer: „Gesellschaftlicher
Wandel in

Deutschland“, S.183 f.). – In der DDR betrug 1990 der Anteil
des primären

Sektors 8,2 %, des sekundären 44,8 % und des tertiären 47 %, wobei die völlig andere Struktur des tertiären Sektors zu berücksichtigen ist.

Der Dienstleistungssektor war vernachlässigt, da er als nicht-
produktiv galt

und dementsprechend in der Bilanzierung des gesellschaftlichen
Gesamtprodukts

nicht auftauchte.

(23) „Feminismus und PDS“, Internetseite
der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA in der PDS.

Revolution

und

Konterrevolution in der DDR, Teil 2: Vom Herbst 89 zur Wiedervereinigung

Bruno Tesch, Neue Internationale 242, November 2019

Im [ersten Teil](#) haben wir uns mit Entstehung und Niedergang der DDR beschäftigt. Im zweiten Teil widmen wir uns der Entwicklung bis zur Restauration des Kapitalismus.

Vom Sommer 1989 bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in einer sozialen Konterrevolution mündete. Im Sommer hatte eine nicht mehr zu bremsende Massenabwanderung eingesetzt. Im Herbst kam es dann zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Untragbarkeit der repressiven Zustände wandten und nach politischen Reformen verlangten. Bis zum November 1989 befand sich die Bewegung in der Offensive. Der Parteiapparat und die Staatssicherheitsorgane mussten Schritt für Schritt zurückweichen. Daran zeigte sich, wie morsch das Regime schon war. Daran konnten selbst die Palastrevolution und die Absetzung Honeckers im Oktober als Parteichef nichts mehr retten. Auch die UdSSR war nicht mehr bereit, das Staatsgefüge zu stützen.

Der Zusammenbruch eines Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-revolutionäre Krise in der DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische Konterrevolution, politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

Grundfragen

Gerade wenn wir die zentralen Aufgaben der politischen Revolution in der DDR – die Eroberung der Staatsmacht und Reorganisation der Planwirtschaft – betrachten, wird unmittelbar deutlich, dass diese von Beginn aufs Engste mit der ArbeiterInnenklasse und sozialen Revolution im Westen verbunden waren. Wie hätte die DDR-Wirtschaft reorganisiert werden sollen und können, wenn nicht im engen Verbund mit den Klassenbrüdern und -schwestern im Westen?

Daher war die Losung einer Vereinigten Sozialistischen Räterepublik in ganz Deutschland eine zentrale Frage vom Beginn der Massenbewegung in der DDR an.

Sie musste jedoch konkret übersetzt werden in Schritte zum sofortigen Aufbau von direkten Verbindungen zwischen den Gewerkschaften, betrieblichen AktivistInnen in Ost und West, in ein

Aktionsprogramm zur Lösung der dringendsten Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das mit der Losung einer revolutionären ArbeiterInnenregierung verbunden werden musste. Unsere Vorläuferorganisation, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale, hat von Beginn an die Frage der revolutionären Wiedervereinigung sehr konkret aufgeworfen und gleichzeitig die Notwendigkeit dargelegt, jede Rekapitalisierung der DDR einschließlich einer kapitalistischen Wiedervereinigung entschieden zu bekämpfen.

Die Frage der Wiedervereinigung war von Beginn an virulent, obwohl sie in den ersten Wochen der Mobilisierung gegen die Bürokratie nicht offen gestellt wurde. Das hing damit zusammen, dass gerade in den Stellungnahmen des Großteils der kleinbürgerlichen „BürgerInnenbewegung“ die Forderungen im Wesentlichen auf demokratische Reformlosungen beschränkt waren. Aber diese Ziele mussten auch von RevolutionärInnen in dieser Phase aufgegriffen und zugespitzt werden. Das trifft besonders auf Losungen wie Organisationsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit zu.

Zugleich zeigte sich von Beginn an auch die politische Schwäche der BürgerInnenbewegung darin, dass ihr größter Teil die Krise in der DDR im Wesentlichen als „Demokratiefrage“ betrachtete und

weitgehend blind war gegenüber der Notwendigkeit, gerade auch eine Antwort auf die tiefer liegende Krise der bürokratischen Planung zu geben.

Gründe für konterrevolutionären Umschwung

Wo die BürgerInnenbewegung und besonders ihr linker Flügel ökonomische Konzepte entwickelten, stellten sie der bürokratischen Planwirtschaft jedoch entweder nur eine Spielart des utopischen „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder eine Form des „Marktsozialismus“ entgegen. Das traf auch auf die linkesten Strömungen wie Vereinigte Linke zu, die in der „Böhlener Plattform“ einer Form der „ArbeiterInnenselbstverwaltung“ nach jugoslawischem Muster das Wort redete.

Hinzu kam, dass die BürgerInnenbewegung insgesamt politisch eine Reformperspektive des SED-Staates vertrat. Der Druck der Massenbewegung führte Ende 1989 zur Installation der sogenannten „Runden Tische“, die der perspektivlosen und konfusen Opposition ein Forum boten, vor allem aber der noch herrschenden SED-Bürokratie zupasskamen.

Sie erlaubten allen um die Tische versammelten Kräften, die Massen zu demobilisieren, auf die Arbeit in den „neuen“ Gremien zu vertrösten. Die zunehmende Orientierung auf bürgerliche

parlamentarische Wahlen
zur Volkskammer trug ebenfalls dazu bei, die politische
Energie von der Straße
an die Wahlurnen zu verlagern.

Die BürgerInnenbewegung übergab die Initiative
an die teilweise aus ihr, teilweise aus den Blockparteien
entstandenen, offen
bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie einerseits, an
die SED-PDS
andererseits.

Die tieferen Ursachen des „Umkippens“ der
Bewegungsrichtung bestanden in folgenden Faktoren:

- Erschöpfung der Potentiale der bürokratischen
Planwirtschaft;
- Fehlen einer politischen Führung, die eine Alternative
für die Avantgarde der ArbeiterInnenbewegung mit der
Perspektive des revolutionären Sturzes des SED-Regimes
und einer revolutionären Wiedervereinigung hätte weisen
können;
- weitgehende Zerstörung des Klassenbewusstseins des
Proletariats

Dennoch entstanden in der Frühphase der Bewegung
Strömungen wie die Vereinigte Linke, die sich auf eine
landesweite Bekanntheit
und einen Anhang unter der Intelligenz und Teilen der

bewussten

ArbeiterInnenenschaft berufen konnte und einige hundert
AktivistInnen und

zehntausende AnhängerInnen umfasste. Außerdem kam es zu
politischer

Oppositionsbildung in den Gewerkschaften – z. B. in der
Initiative Unabhängige

Gewerkschaften – und, vor allem Ende 1989, zu einer tiefen
politischen Krise in

der SED.

In diesen politischen Bewegungen nach links hätten

RevolutionärInnen eingreifen müssen und AnhängerInnen für die
Bildung einer

wirklich revolutionären Partei finden können. Die Entwicklung
wurde noch

dadurch erschwert, dass die ArbeiterInnenklasse nicht nur
nicht als bewusstes

politisches Subjekt auftauchte, sondern auch betriebliche und
kommunale Formen

proletarischer Selbstorganisation sehr rar blieben.

Revolutionäre Aufgaben 1989

Revolutionäre Agitation und Propaganda musste

sich auch stark auf die Notwendigkeit der Schaffung von
räteähnlichen Strukturen

und Kampforganen der Arbeiter und Arbeiterinnen konzentrieren
und diese mit der

Notwendigkeit der Errichtung einer demokratischen
Planwirtschaft verbinden.

Eine solche wäre jedoch unmöglich gewesen ohne den
revolutionären Sturz der

SED, die Zerschlagung des Staatsapparates, die Forderung nach Abzug der sowjetischen Armee, nach Entwaffnung von Polizei, Armee, Betriebskampfgruppen und der Übergabe ihrer Waffen in die Hände von ArbeiterInnenmilizen.

Ein zweiter zentraler Punkt war der Kampf gegen demokratische Illusionen. Dazu war es angesichts des fehlenden Klassenbewusstseins des Proletariats unbedingt notwendig, die Kritik des Charakters der bürgerlichen Demokratie und die Propagierung des Rätessystems mit Forderungen zu verbinden, die die Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie einem Test unterzogen hätten und gleichzeitig dazu angetan waren, den Schaden dieser Illusionen zu minimieren.

Eine solche Herangehensweise war um so dringlicher, als der politisch-revolutionäre Prozess November/Dezember 1989 seinen Schwung verloren hatte, die spontane Massenmobilisierung mehr und mehr unter die Fuchtel offen restorationistischer Führungen geriet und auch SED, SED-PDS (später die PDS) unter Krenz, Modrow und Gysi auf den Kurs der kapitalistischen Wiedervereinigung umschwenkten. Sie willigten ein, im März 1990 bürgerliche Parlamentswahlen abzuhalten.

Demobilisierung und Rechtsentwicklung

Die „Runden Tische“ waren in dieser Hinsicht für alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bürokratischen Kräfte ein Mittel, sich dem Druck der ArbeiterInnen zu entziehen. In dieser Phase wurde von der westdeutschen Bourgeoisie und der SPD auch die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung offensiver ins Treffen geführt.

Durch die allgemeine Orientierung auf Parlamentswahlen war die Massenbewegung damit von der Straße weg vor die Fernsehschirme verbannt. Anfang 1990 war es noch die SPD, die nun die Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschichten in der DDR auf sich zog. Aber sie vertrat einen Wiedervereinigungsplan, der weder die historisch-strategischen Interessen des deutschen Imperialismus voll befriedigte noch den Werktätigen der DDR eine vernünftige Perspektive bot: Wiedervereinigung in zehn Jahren (womit die SPD in trauter Gemeinsamkeit mit den MonetaristInnen der Deutschen Bundesbank gegen das „Abenteuer Wiedervereinigung“ stand).

Die zögerliche Haltung der SPD hatte nichts mit anti-imperialistischen Überlegungen zu tun, sondern spiegelte ihre soziale

Basis in der westdeutschen ArbeiterInnenaristokratie wider,
die borniert, aber
nicht zu Unrecht fürchtete, die Zeche für die Expansion des
deutschen
Imperialismus zahlen zu müssen. Statt gemeinsam mit den
Klassenbrüdern und
-schwestern im Osten in die Offensive zu gehen, blieb die
ArbeiterInnenklasse
im Westen gegenüber den Ereignissen passiv, skeptisch,
abwartend. Die SPD
redete einer Variante der kapitalistischen Wiedervereinigung
das Wort, deren
Kosten allerdings nur die ostdeutschen ArbeiterInnen hätten
begleichen müssen.

Diese sahen sich daher zu Recht von der SPD im
Stich gelassen. Dass die DDR-Wirtschaft mit bürokratischer
Planung light nicht
aus der Krise gebracht werden konnte, wusste auch der/die
unpolitischste
DDR-ArbeiterIn.

Eine einigermaßen große kämpfende
Propagandagruppe revolutionärer KommunistInnen hätte in dieser
Phase zumindest
der Avantgarde eine politische Orientierung geben können. Es
existierte aber
kein solcher Kern.

Die Haltung der westdeutschen
ArbeiterInnenbewegung, die Politik der SPD, aber selbst die
Position eines
Teils der „radikalen“ Linken, dass die Revolution (und
Konterrevolution) in der

DDR ausschließlich eine Angelegenheit der DDR-Bevölkerung sei, führten nicht nur zum stetigen Terrainverlust im Osten, sondern sicherten dem Imperialismus auch ein ruhiges Hinterland.

Kohls Sieg

Andererseits hatte die BRD-Regierung unter Kohl als einzige Kraft die weltgeschichtlichen Potentiale der Situation nicht nur begriffen, sondern auch sehr selbstbewusst im Interesse der langfristigen Perspektiven des deutschen Imperialismus die Initiative ergriffen. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ hat in dieser Situation auch ganze Sektoren des deutschen Kapitals, nicht zuletzt die Bundesbank, zur Seite geschoben und Kurs auf eine rasche kapitalistische Wiedervereinigung genommen. Wenige Wochen vor der letzten Volkskammerwahl ging der westdeutsche Imperialismus in die Offensive. Die Ost-CDU, nunmehr Marionette der Bonner Regierung, gewann die Wahl. Der eigentliche Sieger hieß Kohl.

Keine einzige größere Partei, die zur Wahl stand (auch nicht die SED-PDS), hegte auch nur die Absicht, die kapitalistische Wiedervereinigung und Abwicklung der DDR zu verhindern. Entscheidende ökonomische Mechanismen – darunter die Gründung der Treuhand

und die
Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1990
– waren schon unter
der Regierung Modrow auf den Weg gebracht worden. Nun folgte
die endgültige
Zerstörung des degenerierten ArbeiterInnenstaats DDR mit der
Wirtschafts- und
Währungsunion. Die Wiedervereinigung im Herbst war dann bloß
der staatliche
Nachvollzug dieser Regelung.

Besonders skandalös war das Verhalten des DGB:
Im Herbst 1989 verhielt er sich passiv, stumm und gleichgültig
gegenüber den
Klassengeschwistern in der DDR. Kaum aber war die Vereinigung
unter
bürgerlich-kapitalistischen Vorzeichen ausgehandelt, vollzog
er als Erstes den
,Vereinigungsprozess‘ durch Übernahme des FDGB
(Gewerkschaftsverband der DDR).
Der DGB liquidierte dabei kurzerhand alle bestehenden
verbrieften
Errungenschaften der DDR-ArbeiterInnenklasse und kassierte
außerdem
klammheimlich gleich noch den letzten Beschluss des FDGB, der
ein Vetorecht der
Gewerkschaften gegen arbeiterInnenfeindliche Gesetze forderte.
Die
DGB-BürokratInnen betätigten sich also als willfährige
Speerspitze des
bundesdeutschen Imperialismus.

Nein zur kapitalistischen Vereinigung!

Zu den letzten Volkskammerwahlen konnten RevolutionärInnen keine der antretenden Parteien unterstützen. Sie waren in einer ganz entscheidenden Stunde einer Wahl, die im Grunde eine Abstimmung über die Existenz der Errungenschaften der DDR war, allesamt auf der falschen Seite der Barrikaden. Die soziale Konterrevolution nahm dadurch auch wie in den meisten osteuropäischen Ländern eine bürgerlich-demokratische Form an.

Im Frühjahr 1990 hätte das Schwergewicht der Intervention revolutionärer KommunistInnen auf folgende Punkte konzentriert werden müssen: die Verteidigung der existierenden Errungenschaften, den Kampf gegen den beginnenden Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an das Kapital, ein klares Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Herstellung enger Verbindung zu den ArbeiterInnen im Westen (besonders in jenen Konzernen und Banken, die sich anschickten, den Osten zu „erobern“), den Kampf für volle demokratische Rechte für die ArbeiterInnenbewegung und die Schaffung von den Belegschaften verantwortlichen Kampforganen, die bei einer Generalisierung und Zuspitzung der Abwehrkämpfe zu landesweiten räteähnlichen Organen, zu OrganisatorInnen von Massenstreiks gegen Kapital und

Bürokratie, gegen NATO und sowjetische Truppen ausgebaut werden mussten.

Solche Organe hätten gleichzeitig die Grundlage für eine revolutionäre ArbeiterInnenregierung bilden können, für die Zerschlagung der Reste des SED-Staatsapparates und die Errichtung einer proletarischen Räterepublik in Deutschland. Eine solche Entwicklung hätte die revolutionäre Wiedervereinigung mit unzweifelhaft progressiver Dynamik auf die Tagesordnung gesetzt. Vor allem aber hätte der Zusammenbruch der alten Weltordnung mit einem Fanal für die Ausweitung der Revolution nach Ost- und Westeuropa begonnen.

Dass es nicht so gekommen ist, lag zweifellos an ungünstigen politischen Voraussetzungen und der geringen Zeitspanne, die für die Entstehung proletarischen Klassenbewusstseins und für eine grundlegende Umgruppierung der Kräfte in der ArbeiterInnenbewegung genutzt werden hätte müssen. Die kapitalistische Wiedervereinigung war eine historische Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland und eine besonders schwere für das Proletariat in der ehemaligen DDR.

Es ist kein Zufall, dass seit den frühen 1990er Jahren fast alle zentralen Angriffe auf die Errungenschaften im Westen durch

„Probeläufe“ und „Vorstöße“ im Osten gestartet worden sind.
Die
Deindustrialisierung und der
Verlust an gewerkschaftlicher Kampferfahrung und -bereitschaft
des Proletariats
in den neuen Bundesländern haben die ArbeiterInnenklasse in
der ganzen BRD
geschwächt. Gleichzeitig wurde die weltpolitische Rolle des
deutschen
Imperialismus gestärkt Die
ArbeiterInnenbewegung in Deutschland steht seit 30 Jahren
einem Klassengegner
gegenüber, der sich viel besser aufgestellt hat, als es die
Betrachtung der
rein territorialen Ausdehnung wiedergibt.

Bundesbank fordert Rente mit 70. Was für eine geniale Idee!

Eine Glosse von Kuno Benz, Infomail 1074, 25. Oktober 2019

Endlich ist die Non-Plus-Ultra-Lösung gegen Wirtschaftskrise,
Altersarmut, Demoskopie und Demenz gefunden! Keine geringere
Institution als
die Bundesbank darf sich als Retterin der Nation fühlen! Man
erhöht einfach das
Renteneintrittsalter und schon floriert die Wirtschaft wieder.
Die Arbeitslosen

verschwinden wie von selbst, denn sie dürfen ja nun bis 70 arbeiten! Die Gewerkschaften beschäftigen sich endlich statt mit Arbeitskämpfen-aus-dem-Weg-Gehen mit der Frage des Kampf-gegen-die-Rente-mit-70-Vermeiden. Immerhin hat man darin ja noch den Erfahrungsschatz des Rente-mit-67-durchgehen-Lassens.

Die KollegInnen in den Betrieben sind da bereits weiter. Schon gibt es Vorschläge, spezielle Pflegestationen einzurichten mit krankengerechten Bildschirm-Arbeitsplätzen. Die Pflegekräfte (viele neue Arbeitsplätze!) kommen dann in den Bildschirmpausen, um die MitarbeiterInnen zu füttern und die Windeln zu wechseln. Es gibt keine chronisch fehlenden Pflegeheimplätze mehr, die Pflege verlagert sich einfach in die Betriebe – und schon sind wir dem uralten Wunsch des generationenübergreifenden gemeinsamen Lebens und Arbeitens ein Stück nähergekommen.

Dumm nur, dass viele KollegInnen solche Chancen gar nicht sehen wollen und sich womöglich daran erinnern, wie mit spontanen Streiks 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verteidigt wurde und die Gewerkschaften nur mit viel Mühe die Bewegung wieder einfangen konnten.

Noch schlimmer aber wird es um so geniale Ideen wie der Rente mit 70

bestellt sein, wenn die ArbeiterInnenbewegung erst Ernst macht mit Forderungen wie „gleitende Arbeitszeitskala“ – also Reduzierung der Arbeitszeit so lange, bis es keine Arbeitslosen mehr gibt – verbunden mit einer ArbeiterInnenkontrolle über die Produktion.

Wenn dann 70-jährige BundesbankpräsidentInnen und WirtschaftsministerInnen auch noch in der Produktion mitarbeiten, dann können sie erst richtig zeigen, was in ihnen steckt. Ob sie aber dann noch immer so geniale Ideen produzieren?

Fridays For Future: Stell dir vor, es ist Klimastreik und alle gehen hin

Wilhelm Schulz, Neue Internationale 241, Oktober 2019

Millionen

Der Auftakt der [#WeekForFuture](#) am 20. September war ein voller Erfolg. Schätzungsweise 4 Millionen Menschen aus 161 Staaten beteiligten sich an 5.800 Aktionen. Allein in Deutschland sind den VeranstalterInnen zufolge rund 1,4 Millionen Menschen auf den Beinen gewesen. In Australien waren es mindestens 300.000.

In Kapstadt sollen es rund 2.000 AktivistInnen gewesen sein, in New York 250.000. In London sammelten sich etwa 100.000.

Auch am 27.

September zum Abschluss der Aktionswoche konnten wir beeindruckende

Menschenmassen sehen. Hier kam es laut VeranstalterInnen zu rund 6.000 Aktionen

in 170 Staaten. Allein in Italien demonstrierten schätzungsweise eine Million

Menschen, in Österreich rund 150.000, in Neuseeland 170.000, in Chile mehrere

Zehntausend. Im kanadischen Montreal versammelten sich eine halbe Million

Menschen.

Bereits im

Vorfeld kam es zu einer erneuten Zunahme von Mobilisierungen der Klimabewegung.

So fanden vom 13.-15. September in Frankfurt am Main Proteste gegen die

Internationale Automobilausstellung (IAA) statt. Unter dem Titel „Sand im

Getriebe“ mobilisierten hierzu unterschiedliche NGOs, die Grünen und die

Linkspartei sowie Teile der radikalen Linken. Laut VeranstalterInnen nahmen

rund 25.000 Menschen teil. Ebenso wie das restliche politische Programm der

Bewegung schreckte auch der Protest hier vor der Eigentumsfrage und der

Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung der Produktion, weg von der individuellen

hin zur kollektiven Mobilität, zurück.

International

handelt es sich bei der #WeekForFuture um die größte koordinierte Mobilisierung

seit dem Irakkrieg. Hier gingen im Februar 2003 weltweit etwa 20 bis 30

Millionen Menschen auf die Straße. An dieser Stelle möchten wir betonen, dass

sich an den Generalstreiks in Indien in den letzten Jahren mehrfach 150 bis 200

Millionen beteiligten, ein Aufgebot an Widerstand, zu dem die Bewegung den

Schulterschluss suchen muss.

Momentan verfügt

sie jedoch vor allem in den imperialistischen Nationen über Schlagkraft. So

gingen beispielsweise am 20.9. in Thailand etwa 250 Menschen und in Afghanistan

rund 100 auf die Straße. Hier bildet Brasilien eine gewisse Vorbildfunktion.

Dort besteht nicht nur mit den Bränden im Amazonas eine Dringlichkeit, sondern

schon seit Monaten existiert eine Massenbewegung gegen das Regime Bolsonaros,

der nicht nur auf der Ebene des Umweltschutzes einen Generalangriff fährt. Hier

sehen wir eine Verbindung mit den Kämpfen der Landlosen, der indigenen

Bevölkerung und den kämpfenden Beschäftigten.

Dabei sind es

momentan vor allem die halbkolonialen Länder, die mit den Folgen der

systematischen Umweltzerstörung leben müssen. So erleben wir gerade massive

Proteste in Indonesien, u. a. gegen die massiven Brandrodungen der Regenwälder, die Verschärfungen des Strafrechts und die Zunahme giftigen Smogs. Hier produziert beispielsweise der deutsche Konzern HeidelbergCement. Nach der Zerschlagung der Proteste und dem Klimapaket der Bundesregierung, welches den CO2-Ausstoß bei der Zementproduktion mit keinem Cent besteuert, steigt die Aktie des Konzerns wieder kräftig. Hier müssen InternationalistInnen im Kampf ansetzen.

Wer kämpft?

In erster Linie haben wir es hier mit einer Massenbewegung von SchülerInnen zu tun. Jedoch handelt es sich dabei nicht um eine sozial einheitliche Gruppe, sondern eine gemäß der Klassenherkunft ihrer Familie differenzierte. Die Gruppen, die das Außenbild der Bewegung prägen, sind vor allem sozial besser gestellte Jugendliche, die aus der lohnabhängigen Mittelschicht, dem BildungsbürgerInnentum, dem KleinbürgerInnentum oder der ArbeiterInnenaristokratie stammen. Aus diesen beiden Faktoren entsteht ein Spannungsverhältnis. Die soziale Vorherrschaft von Mittelschichten und KleinbürgerInnentum drückt sich ideologisch auch im Programm, in den Zielsetzungen und im Bewusstsein der Bewegung aus.

Hieraus folgt für RevolutionärInnen, dass wir nicht einfach nur die Bewegung aufbauen, sondern auch für einen proletarischen Klassenstandpunkt kämpfen müssen.

Welche Hürden überwinden?

Auf der einen Seite kämpft die gesamte Bewegung dafür, die Regierung zum Einlenken in der Klimafrage zu bewegen. Sie will von der herrschende Klasse und dem Kapital Maßnahmen erzwingen und die bürgerliche Politik selbst entlarven. Sie hegt reale Illusionen darin, dass die Bundesregierung bzw. die auf dem UN-Gipfel versammelten Staats- und RegierungschefInnen von einer „vernünftigen“, im Interesse aller Klassen liegenden Klimapolitik überzeugt werden könnten.

So ist der wohl kämpferischste Auszug aus der Rede von Greta Thunberg vor dem UN-Klimagipfel folgender: *„Ihr sagt, dass Ihr uns ‚hört‘ und dass Ihr die Dringlichkeit versteht. Aber egal wie traurig und wütend ich bin, will ich das nicht glauben. Wenn Ihr die Situation wirklich verstehen würdet und uns immer noch im Stich lassen würdet, dann wärt Ihr grausam und das weigere ich mich zu glauben.“* ([The Guardian, 23. September 2019](#))

Er verdeutlicht
sinnbildlich die Widersprüche der Bewegung. Zum einen klagt
Thunberg die
Herrschenden offen für ihre Weigerung zu handeln, für ihre
hohle „Klimapolitik“
an. Zum anderen weigert sie sich verbittert, aber auch umso
sturer zu
akzeptieren, dass diese tatsächlich auf der anderen Seite
stehen.

Hartnäckig
stellt sie das Problem so dar, als ginge es darum, dass „die
Politik“ dessen
Dringlichkeit endlich richtig verstehen müsse. Ansonsten wäre
sie nämlich
„grausam“. Letztlich präsentiert sie also die Frage rein
moralisch. Die
Regierenden müssten nur richtig zuhören, die Lage akzeptieren,
wie sie ist –
und alsdann handeln.

Der systemische
Charakter des Kapitalismus fällt vollkommen aus dem Blickfeld.
Die objektiven
Klasseninteressen, die den FunktionsträgerInnen des Kapitals
in den Konzernen
wie in den bürgerlichen staatlichen Institutionen vermittelt
über die
Konkurrenz bestimmtes Handeln ganz unabhängig vom Bewusstsein
oder der Vernunft
des Einzelnen aufzwingen, werden erst gar nicht zur Kenntnis
genommen.

Daher auch der

beeindruckende moralische Impetus der Rede von Thunberg einerseits, der andererseits eine hoffungslose und ohnmächtige Perspektive entspricht – der ständig wiederholte Appell an die Mächtigen der Welt, doch endlich ihr Herz und Hirn zu gebrauchen und die Menschen nicht weiter im Stich zu lassen.

In Wirklichkeit zwingt die kapitalistische Produktionsform samt ihrer freien Konkurrenz die einzelnen ProduzentInnen, ohne Rücksicht auf ihren Ressourcenverbrauch oder ihre Abfallerzeugung zu wirtschaften, da sie sonst verdrängt werden könnten. Nachhaltigkeit ist für sie in erster Linie ein Kostenfaktor, der ihre Profite nicht weiter schmälern soll. Wir müssen die Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und kapitalistischer Produktion verdeutlichen.

Generalstreik und Klassenfrage

Mit dem Aufruf zum 20. und 27. September hatte die Bewegung einen Schritt vorwärts gemacht, insofern sie zu einem globalen Generalstreik aufrief. Allerdings wurde und wird darunter nicht eine kollektive, organisierte Arbeitsniederlegung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften verstanden, sondern

eher eine individuelle
Entscheidung einer/s Einzelnen. Wer – ob nun während der
Arbeitszeit oder am
arbeitsfreien Tag – zur Demonstration kommt, „streikt“. Es
streiken
Beschäftigte ebenso wie Unternehmen, die, ob aus Solidarität
oder Werbebezwecken,
ihr Geschäft für einen Tag oder einige Stunden schließen.

Auch das
entspricht der vorherrschenden kleinbürgerlichen Ideologie der
Bewegung. Diese
kommt umgekehrt auch den Gewerkschaftsführungen gelegen, die
einen politischen
Streik, also eine echte Konfrontation mit Kapital und Kabinett
fürchten wie der
Teufel das Weihwasser. Die Führung der Bewegung wiederum will
– insbesondere
hier in Deutschland – den Gewerkschaftsapparat nicht
verschrecken und lehnte
daher mehrheitlich ab, die Generalstreiksforderung an die
Organisationen zu
richten, die ihn durchführen hätten können. Diese riefen nicht
zum Streik,
sondern höchstens zum Ausstempeln auf.

Dies
erleichterte es zugleich einer Reihe von Parteien und
Unternehmen, Greenwashing
zu betreiben, während der Kampf beim reinen Protest
stehenbleiben muss. Allein
in Deutschland erklärten sich 2.800 Unternehmen solidarisch.

Hieraus folgt,

dass die ArbeiterInnen zumeist aus „Nettigkeit“ ihrer Unternehmen an diesem Tag demonstrieren konnten. In Berlin und New York wurde weiten Teilen der öffentlichen Beschäftigten an diesem Tag frei gegeben, was die Größe der Demonstrationen erklärt.

Heute erscheint vielen in der Bewegung dieser klassenübergreifende Charakter der Proteste, der Aktionen und ihrer Ziele als Stärke. In Wirklichkeit besteht darin ihre größte Schwäche.

Antikapitalismus

Deshalb müssen wir uns als AntikapitalistInnen in den Protesten für eine offene Debatte um die Perspektive des Kampfes gegen den Klimawandel einsetzen. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er die Eigentumsfrage ins Zentrum rückt. Ohne entschädigungslose Enteignung der großen Konzerne, ohne Kontrolle über Forschung und Wissenschaft durch die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Unterdrückten sind effektive Klimaschutzmaßnahmen unmöglich, da diese vor allem eine Veränderung der Produktion, die ökologische Nachhaltigkeit mit der Befriedung der Bedürfnisse der großen Masse der Menschheit verbindet,

erfordern.

Die notwendigen
Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen und zur Umstellung der
Ökonomie sind
undenkbar ohne einen international koordinierten Plan,
sozialistischen Umbau
der Wirtschaft. Bauen wir daher gemeinsam einen
revolutionären,
klassenkämpferischen Pol in der Bewegung auf!

Extinction Rebellion: Alle Klassen für das Klima?

*Jan Hektik/Martin Suchanek, Neue Internationale 241, Oktober
2019*

Extinction Rebellion (XR) ist bekannt als radikaler Teil der
Umweltbewegung und als enge Bündnispartnerin von Fridays for
Future. Gerade in
Großbritannien und den USA steht sie im Fokus der öffentlichen
Debatte. Doch
wofür tritt XR ein? Was sind ihre Taktiken? Und was ihre
Stärken und Schwächen?
Mit diesen Fragen möchte sich dieser Artikel
auseinandersetzen.

Was macht Extinction Rebellion?

XR ist eine auf öffentlichkeitswirksame Aktionen abzielende Bewegung, die vor allem in Großbritannien viele AnhängerInnen und große Protestaktionen organisiert hat. Auch in Deutschland existieren ca. 30 Ortsgruppen, Tendenz rasch steigend. Mittlerweile soll XR bundesweit rund 16.000 Mitglieder haben.

Zunächst einmal muss man positiv hervorheben, dass durch XR viele Jugendliche aktiv auf die Straße gehen und in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat treten, gegen den wir letztlich die Rettung unserer Lebensgrundlagen durchsetzen müssen. Weiterhin hat XR es geschafft, zumindest in Großbritannien eine große Öffentlichkeit zu erreichen und so die allgemeine Debatte maßgeblich zu beeinflussen. Dies geschieht vor allem in Aktionen zivilen Ungehorsams wie Straßenblockaden aber auch in künstlerischen Protestformen wie z. B. „Die-Ins“ (sich an öffentlichen Orten massenweise tot stellen). Dort erreichten die Aktionen teilweise eine Größe von 6.000 TeilnehmerInnen, was aber inzwischen auch zu hunderten, wenn nicht tausenden Verhaftungen führte. Laut XR ist es sogar das Ziel, solche zu provozieren, um eine größere Öffentlichkeit zu schaffen. Weiterhin soll gewaltfrei agiert werden, damit die

Öffentlichkeit sich eher mit den Protesten solidarisiert, also „die richtigen Bilder geschaffen werden.“

In Deutschland organisierte XR bislang eine symbolische Blockade der Internationalen Automobilausstellung sowie Aktionen um Fridays for Future und die Kampagne plant vom 7. Oktober an, „Berlin lahmzulegen“, wozu mehrere tausend AktivistInnen erwartet werden.

Grundforderungen

Bevor wir uns mit den Aktionsformen auseinandersetzen, geben wir zunächst die [drei Grundforderungen](#) von XR auszugsweise wieder:

„Sagt die Wahrheit!

Die Regierung muss die existenzielle Bedrohung der ökologischen Krise offenlegen und den Klimanotstand ausrufen. Alle politischen Entscheidungen, die der Bewältigung der Klimakrise entgegenstehen, werden revidiert. (...)

2. Handelt jetzt!

Die Regierung muss jetzt handeln, um die vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken. (...)

3. Politik neu leben!

Die Regierung muss eine Bürger:innenversammlung für die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Darin beraten und entscheiden zufällig ausgewählte Bürger:innen darüber, wie die oben genannten Ziele erreicht werden können. (...) Die Regierung verpflichtet sich, die Beschlüsse der Bürger:innenversammlung umzusetzen.“

Diese drei Forderungen stellen für XR gemeinsam mit 10 [„Prinzipien und Werten“](#) das inhaltliche Konzept dar.

Vertrauen in bürgerliche Politik

Die Grundforderungen verdeutlichen einen zentralen Widerspruch, der sich durch die ganze Bewegung zieht. Einerseits präsentiert sie sich als radikaler, internationaler und aktionistischer Flügel der Umweltbewegung. Andererseits bleiben die Forderungen sogar weit hinter deren reformistischen oder selbst linken kleinbürgerlichen Teilen zurück. Während z. B. reformistische Parteien, attac oder die verschiedenen NGOs konkrete Forderungen aufstellen, belässt es XR bei einem allgemeinen Aufruf an die Regierung. Diese solle nicht nur „die Wahrheit sagen“ und „endlich handeln“, sie soll darüber hinaus auch selbst festlegen, welche Maßnahmen notwendig sind,

damit die Klimaziele bis 2025 erreicht werden können.

Dieselben Regierungen, die über Jahrzehnte versagt und die Interessen der großen Kapitale bedient haben, sollen wie durch ein Wunder zu „Klimaretterinnen“ mutieren. Und nicht nur das. Sie sollen nicht einmal konkrete Forderungen z. B. nach Besteuerung der Profite der großen Konzerne oder Ausbau des öffentlichen Nachverkehrs umsetzen, sondern selbst entscheiden, wer wie welchen Anteil an den notwendigen Maßnahmen und deren Kosten übernehmen soll. Mit anderen Worten: es wird der bürgerlichen Regierung überlassen zu entscheiden, wie viel UnternehmerInnen oder Lohnabhängige, arm oder reich „beitragen“ müssen. Allenfalls wird unverbindlich angemahnt, dass „die Bedürfnisse der Menschen, die von der ökologischen Krise am stärksten betroffenen sind, (...) Priorität“ haben sollen. Solche Allerweltserklärungen könnten selbst Trump, Merkel und Johnson unterzeichnen – sie verpflichten schließlich zu nichts.

Klassen?

XR gibt sich zwar militant und kämpferisch, offenbart aber ein rühriges Vertrauen in das bestehende politische System. Die Bindung des Staatsapparates und der Regierung an die Interessen des Kapitals kommt erst gar nicht vor. XR strebt

vielmehr eine Bewegung aller Klassen an, wenn aufgerufen wird, sich „der Rebellion für das Überleben anzuschließen, unabhängig von Religion, Herkunft, Klasse, Alter, Sexualität, Geschlecht sowie politischer Neigung.“ (<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind>)

So richtig es ist, für eine Bewegung unabhängig von Religion, Nationalität, Geschlecht, sexueller Orientierung einzutreten, so problematisch wird es, wenn „politische Neigung“ und „Klasse“ keine Rolle spielen sollen.

Was die „politische Neigung“ betrifft, so ist schon der Begriff problematisch. Ob jemand rassistische oder anti-rassistische, internationalistische oder nationalistische, bürgerliche, kleinbürgerliche oder proletarische politische Positionen vertritt, ist eben keine Frage einer „Neigung“ wie z. B. ob jemand lieber Wasser mit oder ohne Kohlensäure trinkt. Es geht hier darum, welchen politischen, letztlich welchen Klassenstandpunkt eine Person oder gar eine ganze Bewegung einnimmt. So richtig es ist, dass wir für neue Menschen offen sein müssen, so bedarf es auch einer klaren Abgrenzung gegenüber rassistischen und nationalistischen Positionen, so müssen bürgerliche und kleinbürgerliche pro-kapitalistische Positionen offen politisch bekämpft werden. Alles andere läuft nicht auf eine „bunte“ Bewegung hinaus, sondern auf eine Unterordnung der großen Masse der Ausgebeuteten und

Unterdrückten.

BürgerInnenversammlung?

Darüber hinaus lehnen wir auch die Forderung nach BürgerInnenversammlungen ab, deren Mitglieder gar nicht gewählt, sondern per Los, also rein zufällig bestimmt werden sollen. Ein solches Gremium wäre nicht nur leicht von Regierung und bürgerlichen ExpertInnen manipulierbar, es wäre auch undemokratischer als jedes Parlament.

Auch dieses verschleiert zwar, wer die eigentliche Macht in der Gesellschaft ausübt: die EigentümerInnen von Energie-, Autokonzernen und Transportunternehmen, von Banken und Versicherungen, von Medien und IT-Unternehmen, um nur einige wichtige Teile der KapitalistInnenklasse zu nennen. Sie haben kein Interesse daran, einen effektiven Klimaschutz zu schaffen, sobald er ihren Profitinteressen entgegensteht.

Aber zu den Parlamentswahlen treten wenigstens politische Parteien an, die verschiedene Klassenkräfte repräsentieren (können), die die Lohnabhängigen somit als Feld nutzen können, ihr Programm zu vertreten. Selbst das würde bei der Verlosung zur „BürgerInnenversammlung“ völlig entfallen. Statt die Regierung und den Staatsapparat besser zu

kontrollieren, würden diese
in Wirklichkeit gestärkt werden.

Kontrolle und Räte

Wirklicher Klimaschutz erfordert daher, nicht weitere, gar noch undemokratischere Anbauten am bürgerlichen Staat vorzunehmen, sondern vielmehr den Kampf für klassenspezifische, in den Betrieben, Unternehmen, Stadtteilen und Kommunen verwurzelte Strukturen der Gegenmacht. Diese müssten z. B. kontrollieren, was zu welchem Zweck erforscht wird. Diese müssten die Schwerpunkte für eine nachhaltige Produktion im nationalen wie internationalen Maßstab festlegen. Solche Organe wären Mittel der ArbeiterInnenkontrolle, die vor allem in den großen Energie-, Verkehrs- und Verschmutzungsindustrien, in den Banken usw. eingeführt werden müssten. Sie müssten die Aufstellung eines gesellschaftlichen Plans kontrollieren, der ökologische Ziele und die Bedürfnisse der Mehrheit der ProduzentInnen und KonsumentInnen in den Mittelpunkt stellt.

Solche Kontroll- und Kampforgane würden ihrerseits rasch mit den Machtorganen der Unternehmen wie des Staates zusammenstoßen. Um deren unvermeidlichen Widerstand zu brechen, müssten sie selbst den Schritt von Organen der Gegenmacht zu Organen der ArbeiterInnenmacht, einer sozialistischen

Umgestaltung machen.

Anhang: Welche Aktionsform?

Daher treten wir für massenhafte, kollektive Aktionsformen, die den Kern der verantwortlichen Industrien treffen, ein: Streiks, Besetzungen, Massendemonstrationen. Auch eine Platzbesetzung wie sie XR in London ausgeführt hat, kann sinnvoll sein. Es braucht aber vor allem demokratisch gewählte Organe von ArbeiterInnen, Unterdrückten und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Gewaltfreiheit. Da es hierbei um das Überleben der Menschheit geht, ist eigentlich klar, dass im Notfall leider Gewalt angewendet werden muss – schon allein zur Selbstverteidigung gegen die unvermeidliche Repression durch den Staat oder unternehmensnahe rechte Kräfte. In der Tat wäre die Alternative, weiter zuzulassen, dass Klimakiller unsere Umwelt zerstören, alles andere als gewaltfrei. Sie bedeutet nämlich massenhafte Vertreibung und letztlich die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler Millionen Menschen.

Die Frage lautet daher, welche Art von Gewalt und Aktionsform für uns sinnvoll ist. Sicher können „Die-Ins“ kurzzeitig ein medienwirksames

Symbol darstellen. Wirklich unter Druck setzen wird dies aber weder Regierung noch Konzerne. Erst eine massenhafte militante Streikaktion kann das tun. In diesem Sinne sollten die Schulstreiks fortgeführt werden und die Verbindung zu ArbeiterInnen suchen. Die Polizei wird nicht geneigt sein, solche Aktionen mit Samthandschuhen und Humor zu behandeln, aber diese können organisiert und kollektiv verteidigt werden.

Revolution und Konterrevolution in der DDR – Teil 1: Entstehung und Niedergang

Bruno Tesch, Neue Internationale 141, Oktober 2019

2019/2020 jährt sich die Todeskrise der DDR, die schließlich in der Restauration des Kapitalismus, Wiedervereinigung und Stärkung des deutschen Imperialismus mündete. In dieser Ausgabe der Neuen Internationale skizzieren wir Entstehung und Niedergang der DDR, also die Ursachen, die 1989/90 zu Revolution und

Konterrevolution führten.

Nachkriegsordnung

Bereits vor der Niederwerfung des deutschen Faschismus wurden Pläne zur territorialen Neuordnung in Mitteleuropa entworfen. Nach dem Sieg der Alliierten traten jedoch die grundlegenden Gegensätze zwischen den Systemen, der nunmehr von den USA als zentraler imperialistischen Macht geführten „freien“ Welt einerseits und dem degenerierten ArbeiterInnenstaat Sowjetunion andererseits, hervor.

Die Absichten von Teilen der US-Bourgeoisie zur Zerstückelung und der Morgenthau-Plan von 1944 zur Deindustrialisierung Deutschlands wurden daher recht rasch zugunsten einer modifizierten imperialistischen Strategie fallengelassen: dem Marshallplan (European Recovery Program). Danach sollten die von der Roten Armee besetzten Gebiete durch gezielte Wirtschaftshilfe dem Einfluss der Kreml-Bürokratie entrissen werden. Das gelang jedoch nicht. So wurden die geopolitisch und ökonomisch unverzichtbaren Westzonen Deutschlands mittels Marshallplan zum Bollwerk und Brückenkopf gegen den Stalinismus ausgebaut.

Die stalinistischen Pläne waren von Sicherheitsdenken geleitet: Deutschland sollte als entmilitarisiertes, neutrales, jedoch durchaus bürgerlich geführtes und ungeteiltes Land als Pufferstaat gegen den imperialistischen Westen dienen. Dieser Plan Moskaus wurde aber durch den Aufbau eines westdeutschen Separatstaates durchkreuzt. Folglich blieb auch hier keine Wahl mehr, die Kreml-Bürokratie musste nachziehen und auf ihrem Besatzungsgebiet einen ArbeiterInnenstaat als Schutzzone etablieren.

Somit geriet Deutschland zum zentralen Ort der Blockkonfrontation. Schließlich führte die Teilung des Landes auch zu einer Aufteilung der ArbeiterInnenbewegung unter die Apparate von SED und SPD, die – wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln – ein politisches Monopol über „ihren“ Teil der Bewegung ausübten. Zweifellos hatten beide ein beachtliches Eigeninteresse daran und an der Säuberung der Bewegung von allen widerspenstigen Elementen. Zugleich waren sie aber auch verlängerte Arme der führenden politisch-militärischen Kräfte „ihres“ Blocks zur Kontrolle der jeweiligen ArbeiterInnenklasse.

Degenerierter ArbeiterInnenstaat

Die stalinistische Sowjetbürokratie ging in der späteren DDR nicht wie teilweise in Osteuropa über den Umweg der anfänglichen Mitbeteiligung bürgerlicher Parteien vor. Die Militäradministration der Roten Armee bestimmte direkt die Politik. Sie schob jeglicher freier Entfaltung der ArbeiterInnenbewegung im Osten einen Riegel vor. Die eigenständigen Volkskomitees wurden aufgelöst, das Streikrecht abgeschafft. Als verlängerter Arm dieser Politik diente die bürokratisch kontrollierte Vereinigung der beiden großen ArbeiterInnenparteien SPD und KPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Erst nach dieser politischen Entmündigung der ArbeiterInnenbewegung war die Bahn frei für die Gründung eines degenerierten ArbeiterInnenstaates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Zwar bestanden deren ökonomische Grundlagen in der Unterordnung der Binnenwirkungen des kapitalistischen Wertgesetzes durch die Nichtverfügbarkeit eines freien Arbeitsmarktes, die Enteignung des kapitalistischen Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und die Vorgabe eines Wirtschaftsplans und eines staatlichen

Außenhandelsmonopols. Doch die DDR-Staatsmaschinerie war und blieb vom Typus her bürgerlich, ein abgehobener allmächtiger Apparat. In ihm bildete sich eine wuchernde Schicht heraus, die sich als unterdrückende Kaste über die ArbeiterInnenklasse erhob. Dieses Gebilde war unreformierbar und stellte, auch wenn es der Wirkung des Wertgesetzes Grenzen setzte, letztlich ein Hindernis beim Aufbau zu einer sozialistischen Gesellschaft dar. Es ist kein Wunder, dass es später keinerlei Widerstand gegen die Restauration des Kapitalismus leistete – vor allem aber entfremdete es die Lohnabhängigen über Jahrzehnte von „ihrem“ Staat und der Planwirtschaft und verhinderte die Entwicklung aller Ansätze proletarischer Selbstorganisation und damit auch die Entfaltung des Klassenbewusstseins.

ArbeiterInnenaufstand und Mauerbau

Trotz dieser Einschnürung der Eigenständigkeit der ArbeiterInnenklasse flammte noch einmal ein Funke auf. Er entzündete sich an der Einführung des Neuen Kurses durch die DDR-Parteiführung 1953. Dieser brachte den nichtproletarischen Schichten Erleichterungen und Vorteile, der ArbeiterInnenklasse hingegen eine Erhöhung

der Arbeitsnormen. Dies führte zu einem spontanen Aufstand, der in Berlin ausbrach und sich auf das Gebiet der gesamten DDR ausbreitete. Neben Forderungen nach Rücknahme der Normenerhöhungen wurden auch politische, darunter nach Wiedervereinigung erhoben. Von Teilen der Klasse, z. B. den StahlarbeiterInnen in Hennigsdorf und Velten, wurden auch Losungen wie jene nach einer „MetallarbeiterInnenregierung“ erhoben, die das Streben nach revolutionärem Sturz des Stalinismus zum Ausdruck brachten.

Der Aufstand

konnte mit Hilfe der stationierten Sowjetarmee niedergeschlagen werden. Die Westalliierten und deutschen Westparteien hatten das Geschehen eher passiv aus der Entfernung beobachtet oder blockiert, weil sie genau wie die stalinistische Bürokratie nichts mehr fürchteten als eine unkontrollierte Störung des Status quo und die Eigentätigkeit der ArbeiterInnenklasse.

Die Normenerhöhung

wurde zwar zurückgenommen, erkaufte aber mit einer politischen Friedhofsruhe und Festigung der Macht der SED-Bürokratie.

Nicht zufällig

fiel gerade das folgende sinnbildhafteste Ereignis der deutschen Teilung, der Bau der Berliner Mauer, in eine Zeit, als die internationalen

Beziehungen auf dem Gefrierpunkt angelangt waren und der Kalte Krieg in einen heißen atomaren (Kubakrise) umzuschlagen drohte.

1961 markierte einen Wendepunkt in den innerdeutschen Verhältnissen. Ende der 1950er Jahre wurde das Auseinanderklaffen des Lebensstandards zwischen Ost und West immer spürbarer und die DDR drohte an qualifizierten industriellen Arbeitskräften, die in die BRD abwanderten, auszubluten. Dagegen unternahm die Parteiführung in bürokratischer Manier eine Grenzschießung des letzten Nadelöhres, das durch die Viermächtevereinbarung in Berlin bestand.

Auch ein revolutionärer ArbeiterInnenstaat hätte die nachkapitalistischen Eigentumsverhältnisse schützen müssen, aber niemals um den Preis, die Bevölkerung in einer geschlossenen Anstalt mit Freigangsregelung nur in die „sozialistischen Bruderländer“ zu verwahren. So aber schien die deutsche Spaltung auf Dauer buchstäblich betoniert zu sein.

Zwar erholte sich die DDR bis Mitte der 1960er Jahre wirtschaftlich auf der Woge einer extensiven Ausdehnung der Planwirtschaft wie einer noch günstigen Weltkonjunktur, doch in

den Augen der internationalen ArbeiterInnenbewegung hatte sich das stalinistische Regime politisch endgültig diskreditiert und besonders in der BRD dem Antikommunismus auch unter den Lohnabhängigen immens Vorschub geleistet.

„Normalisierung“ der innerdeutschen Beziehungen

Zugleich wurde im Westen der Antikommunismus praktisch zur Staatsdoktrin. Nach der Niederlage der ArbeiterInnenbewegung im Kampf um die Sozialisierung der Grundstoffindustrien und der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde auch die KPD im Westen politisch an den Rand gedrängt und schließlich verboten. Unter der sozialliberalen Regierung vollzog der deutsche Imperialismus jedoch eine Veränderung seiner Ost-Strategie. Die DDR sollte nicht mehr einfach dämonisiert, sondern der westliche Einfluss durch Verträge und Handel ausgebaut werden.

1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet. Das BRD-Kapital erkaufte sich mittels der neuen SPD-Ostpolitik durch formale Zugeständnisse der politischen Nichteinmischung, die das

Sicherheitsbedürfnis
der DDR-Bürokratie bedienten, größeren ökonomischen
Bewegungsspielraum in der
DDR.

Die scheinbare
politische Anerkennung war allerdings bald begleitet von einer
neuen imperialistischen
Offensivstrategie der „Totrüstung“ der ArbeiterInnenstaaten,
die zusätzlich die
Wirtschaft der DDR neben den abgestumpften bürokratischen
Planmechanismen in
Mitleidenschaft zog. So ließ sich der Milliarden Swing-Kredit
von 1983/1984 als
einvernehmliche Hilfe anbahnen und erhöhte damit wiederum die
Abhängigkeit von
der BRD, da die RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)-
Zusammenarbeit des
Ostblocks längst nicht mehr griff, sondern zum Klotz am Bein
wurde.

Aus der
Schuldenfalle und der damit verbundenen Produktionsspirale für
die Erbringung
von Devisen auf Kosten der Gütererzeugung für den
Inlandsbedarf konnte sich die
DDR schließlich mit herkömmlichen bürokratischen Methoden
nicht mehr aus
eigener Kraft befreien, so dass der BRD-Imperialismus die
restaurative
Wiedervereinigung über diesen Umweg objektiv vorbereiten half.

Aushöhlung der wirtschaftlichen Grundlagen

Die Existenz der DDR stand und fiel in Wirklichkeit mit zwei Faktoren. Erstens mit der Stabilität der Nachkriegsordnung. Zweitens damit, den ArbeiterInnen in der DDR eine wirtschaftliche und politische Perspektive glaubhaft darlegen zu können. Die stalinistische Herrschaft konnte sich nicht nur auf Repression stützen, sondern enthielt ein Element des Kompromisses besonders mit den oberen Schichten der Angestellten und Staatsverwaltung.

Die DDR fiel jedoch trotz Honeckers Wende 1971 zur Konsumgüterproduktion ökonomisch immer mehr zurück. Gerade die industrielle ArbeiterInnenklasse spürte diese Entwicklung: stetige Verschlechterung des Zustands der Produktionsmittel, immer stärkerer Verschleiß, immer größere Produktion für den Export bei gleichzeitigem Engpass an Gütern im Inneren, Stagnation der Lebensbedingungen, immer stärkeres relatives Zurückbleiben gegenüber dem Westen.

In einem internen Bilanzpapier des Politbüros der SED hieß es: „Die Zinszahlungen ... betragen 1989 voraussichtlich 5 Milliarden Mark. Das ist mehr als der

gesamte

Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das hängt mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern zusammen (Pkw, HiFi-Anlage u. ä.).“

Daraus ergibt

sich, dass die Kernschichten der ArbeiterInnenklasse in der DDR mit dem System der bürokratischen Planung schon abgeschlossen hatten, bevor es 1989/1990 geschichtlich zur Disposition stand. Selbst die Bürokratie hatte die Hoffnung verloren, dass dieses System durch eine reformierte Variante der SED-Herrschaft wieder in Schwung zu bringen sei.

1989

Vom Sommer 1989

bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in einer sozialen Konterrevolution mündete. Im Sommer hatte eine nicht mehr zu bremsende Massenabwanderung eingesetzt. Im Herbst kam es dann zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Untragbarkeit der repressiven Zustände wandten und nach politischen Reformen verlangten. Bis zum November 1989 befand sich die Bewegung in der Offensive. Der Parteiapparat und

die Staatssicherheitsorgane mussten Schritt für Schritt zurückweichen. Daran zeigte sich, wie morsch das Regime schon war. Daran konnte selbst die Palastrevolution und die Absetzung Honeckers im Oktober als Parteichef nichts mehr retten. Auch die UdSSR war nicht mehr bereit, das Staatsgefüge zu stützen.

Der Zusammenbruch eines Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-revolutionäre Krise in der DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische Konterrevolution, politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

In der [nächsten Ausgabe](#) werden wir uns mit der Entstehung der Bewegung, ihrer ersten, aufsteigenden Phase wie auch ihren inneren Widersprüchen und Schwächen beschäftigen, die es ermöglichten, dass eine halbe politische Revolution in eine ganze Konterrevolution umschlug.

Weltwirtschaft vor einer Rezession

Jürgen Roth, Neue Internationale 141, Oktober 2019

Die neuesten Zahlen schrecken auf. Die kapitalistische Weltwirtschaft steuert auf eine Krise zu. Im verarbeitenden Gewerbe ist sie bereits ausgebrochen.

Verarbeitendes Gewerbe im Sinkflug

Die Zahlen vom September bringen es an den Tag. Der Geschäftsmanagerindex (PMI) im verarbeitenden Gewerbe – dazu gehören z. B. Industrie, Baugewerbe und Handwerk – ist in den größeren Nationalökonomien unter 50 gefallen. Diese Marke gilt als Schwelle zwischen Expansion und Kontraktion. Der PMI gilt als ein ziemlich verlässlicher Indikator für den aktuellen Output.

In der Eurozone fiel er auf das niedrigste Niveau seit der Euroschuldenkrise 2012. In Deutschland steht es am niedrigsten bei fast 40. Japan macht ähnliches durch. Die Zentralbank des Landes registrierte im 3. Quartal das niedrigste Level für die Großbetriebe in mehr als 6 Jahren und fürs gesamte Fertigungsgewerbe liegt er auf Höhe der Mini-Rezession von 2016. Der Markit-PMI für den entsprechenden US-Sektor liegt bei knapp über 50 und damit niedriger als 2016. Sein Pendant ISM fiel auf die Tiefe der Großen Rezession von 2009. Britannien befindet sich laut Boris Johnson seit Monaten „im Graben“. Auch in Kanada liegt der PMI

unter 50.

Auch „kleinere“ Volkswirtschaften erleben Quartalsabstürze: Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Polen, Russland, Singapur, Südafrika, Schweden, Schweiz, Türkei, Taiwan. Folgende Länder verzeichnen sogar einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal: Australien, Brasilien, Britannien, Chile, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Niederlande, Portugal, Südkorea, Türkei, USA. Auch die beiden am schnellsten wachsenden großen Ökonomien – China und Indien – erleben die geringsten BIP-Wachstumsraten seit über einem Jahrzehnt. Ihr Fertigungssektor-PMI liegt knapp über 50.

Der Absturz des verarbeitenden Gewerbes ist teils Resultat nachlassender Investitionstätigkeit, teils des sich verschärfenden Handelskonflikts zwischen China und den USA. Letzterer diente als Auslöser der Rezession, doch der Welthandel verlangsamte sich schon zuvor und führte z. B. in Argentinien und der Türkei zu einem Produktionskollaps, Abzug ausländischer Investitionen und Währungsverfall. Die Türkei steckt mitten in einer tiefen allgemeinen Rezession. Argentinien kann seine riesige Auslandsschuld nicht mehr bedienen.

Ansteckende Krankheit?

Doch das verarbeitende Gewerbe, auf das sich die Rezession in anderen Staaten bisher beschränkt, macht nur 10-40 % der meisten Volkswirtschaften aus. Der Dienstleistungsbereich – dazu gehören Handel, Finanz- und Geschäftsservice, Versicherungen, Banken, Immobilien, Tourismus – hält noch den Kopf über Wasser. Darum verzeichnet z. B. Griechenland mittlerweile ein bescheidenes BIP-Wachstum von 2 %. Dies ist allerdings mager nach einer Schrumpfung von 25 % durch die Eurokrise. Man vergleiche diesen schwachen Aufschwung mit den USA, die 5 Jahre nach der Talsohle der Großen Depression 1933 ein um 35 % höheres Pro-Kopf-BIP einführen oder mit Argentinien. Dort stand es 5 Jahre nach dem Zusammenbruch bei 45 % Plus. Griechenland muss sich mit 6 % begnügen und wird in diesem Tempo seinen Vorkrisenstand erst 2033 wieder erreichen. Dies auch nur, falls der Dienstleistungssektor nicht von der Rezession im verarbeitenden Gewerbe angesteckt wird!

Da dieser in der Regel von der Fertigung abhängt, ist seine Immunität unwahrscheinlich. Das Überschwappen in eine verallgemeinerte Konjunkturkrise erfolgt fast immer. Zudem ist die Industrie

Kern aller Nationalökonomien, weil hier der Mehrwert erzeugt wird, der in andere Branchen umverteilt wird. Sie stellt also den Dreh- und Angelpunkt der gesamtwirtschaftlichen Profitabilität dar.

Profitentwicklung

AnalystInnen von JP Morgan (JPM) haben vor kurzem bislang noch nicht veröffentlichte Zahlen über die Entwicklung der globalen Profite erhoben. Demnach stagnierten diese im 2. Quartal 2019. Jeder der 10 Sektoren des Gesamtmarktes wies ein stark verlangsamtes Profitwachstum auf. Die Hälfte sah einen Rückgang im Jahresvergleich (besonders Zwischenprodukte, Telekommunikation). JPM zieht den für MarxistInnen nicht überraschenden Schluss, der Rückgang des globalen Wirtschaftswachstums im letzten Jahr falle mit einer ebenso bemerkenswerten Delle in der Firmenprofitabilität zusammen. Noch ist die Stagnation bzw. Verlangsamung nicht so deutlich wie 2016, 2001-2002 oder gar 2009, doch läuft die Entwicklung darauf hinaus. Die Lohnkosten werden nicht durch gesteigerten Output in Werten kompensiert, die Mehrwertrate sinkt. Diese Profitklemme ist laut Marx „Sturmvogel“, Frühwarnzeichen eines Konjunkturreinbruchs. JPM tröstet sich und ihre Klientel mit dem Gedanken, zunehmendes

Produktivitätswachstum werde diese Schere wieder öffnen. Das hängt aber von einer Zunahme der Investitionen ab.

Nach der Großen Rezession erleben wir jedoch das genaue Gegenteil!

Die Firmen des S&P 500 in den USA, dem Kernstück der Weltwirtschaft, mussten bereits im 1. und 2. Quartal 2019

Umsatzeinbußen melden (Q1: -0,3 %; Q2: -2,8 %). Kleine und mittlere Betriebe

litten unter den größten Gewinneinbrüchen. Selbst der Technologie-Sektor, wo

die Vorzeigestücke der US-Wirtschaft wie Apple, Amazon, Google, Netflix,

Microsoft und Facebook vertreten sind, klagte über Rückgänge (Umsatz -11,9 %;

Gewinn: -1,1 %). Auffällig ist auch die Scheidung zwischen Bereichen, wo die

Arbeitsproduktivität steigt (IT-gestützte Fertigung, Großhandel) und wo sie

stagniert (Transport, Bau, Gesundheitswesen, Bildung).

Die Mittel zur Konjunkturankurbelung der letzten

Jahre stoßen zudem an ihre Grenzen, ja könnten die Krise sogar verschärfen. In

Erwartung niedriger Zinsen und Beibehaltung der Zentralbankpolitik der

Bereitstellung billigen Geldes für die Geschäftsbanken durch Aufkauf „fauler“

Papiere (Quantitative Easing; QE) boomte der Aktienmarkt weiter. Doch gedeckt

durch Profite ist dieser Hype nicht. 83 % der neu emittierter Aktien verhiessen

negative Erträge. Mittels unorthodoxen – die orthodoxe ist

Leitzinssenkung –
QEs glaubt der monetärpolitische Mainstream die Volkswirtschaften ankurbeln zu können, indem die Zentralbanken die Geschäftsbanken durch Aufkauf ihrer wenig Gewinn oder Verluste versprechenden Wertpapiere mit Liquidität ausstatten in der Annahme, diese als billige Kredite an deren KundInnen auszureichen, dass diese dann investieren würden.

US-Wirtschaft

Am 26.7. erschienen die Zahlen der US-Wirtschaft für das 2. Quartal 2019. Das BIP war um nur noch 2,1 % gewachsen (Q1: 3,1 %). Das Jahresplus verlangsamte sich ebenfalls (Q1: 2,7 %; Q2: 2,3 %). Trumps Körperschafts- und Einkommensteuerepolitik scheint ihren Zenit überschritten zu haben. Die USA sind wieder auf ihren 10-Jahresdurchschnitt gesunken mit Aussicht auf weiteren Tiefflug. Hauptfaktoren dafür sind: schwache Investitionstätigkeit und Abnahme der Nettoexporte. Der Handelskonflikt mit China fordert seinen Tribut. Erstmals seit Q1 2016 fielen die Geschäftsinvestitionen (-0,6 %). Ironischerweise fielen die in Strukturen mit 10,6 % weit drastischer. Gerade sie sollten doch durch Trumps Steuersenkungsprogramm gefördert werden!

Der interessanteste Teil des BIP-Reports war

aber die Revision der Zahlen der vergangenen 3 Jahre. Das BIP nahm 2018 im Jahresvergleich im 4. Quartal nur um 2,5 % zu. Statt der zuvor für die letzten 3 Jahre vermuteten Gewinnzunahmen der Firmen von 20 % stellte sich heraus, dass diese sogar unter den Stand von 2014 gesunken waren. Im 3. und 4. Quartal 2018 hatten sie vor und nach Steuern abgenommen. Die Profite außerhalb des Finanzsektors waren in den letzten 5 Jahren rückläufig. Trumps Steuersenkungen haben also lediglich spekulative bzw. fiktive Profite in Finanzanlagen stark aufgepöppelt.

Wichtig ist der Zusammenhang zwischen Profiten und Investitionen: Letztere folgen der Profitkurve mit etwa einem Jahr Verzögerung, so zuletzt 2016. Jetzt scheint es so, als ob Gewinne in unproduktiven Sektoren wie Finanzanlagen und Immobilien (ca. 25 % aller Firmenerträge) in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Großen und Ganzen stagnierten diese im letzten Jahr. Sollten sie ebenso wie die in produktiven Branchen fallen, könnte im nächsten Jahr ein Kurssturz an den Börsen folgen.

Weitere Parameter neben Profit- und Investitionskurven deuten ebenfalls auf eine innerhalb eines Jahres eintretende allgemeine Konjunkturflaute hin. So erleben wir in den USA eine Umkehr der

Erträge bei Wertpapieren seit Mai 2019.

Ein weiterer Frühindikator ist der Preis von Metallen, insbes. Kupfer. In der Mini-Rezession 2016 stand er auf 200 US-Dollar/lb. (= 454 g), 2009 bei 150, Anfang 2018 bei 320, jetzt ist er auf 250 US-Dollar zurückgefallen. Dieses Metall wird praktisch in allen Industriezweigen eingesetzt. Sein Fall spiegelt deren nachlassende Produktionstätigkeit.

Die Unwirksamkeit kapitalistischer Konjunkturalchemie

So nimmt es nicht wunder, dass Trump und der Chef der Fed (US-Notenbank), Jay Powell, aneinandergeraten. Trump fordert, die Fed solle die Leitzinsen weiter senken, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das Komitee für Monetärpolitik ist selbst gespalten. Trumps WidersacherInnen sorgen sich, dass ein zu niedriger Zinsfuß eine Kreditblase anheizt, die unweigerlich mit großem Knall platzen muss. Zudem, betonen sie, können globale Schocks wie ein Handelskrieg nicht mit Geldpolitik bekämpft werden.

Andere mahnten, der Einfluss der US-Notenbank und des Dollars auf schwächere Volkswirtschaften sei so riesig, dass kleinere

Zentralbanken überhaupt nichts monetärpolitisch ausrichten könnten, ohne alles nur schlimmer zu gestalten. Der Ex-Chef der Bank von England, Mark Carney, schlug ein Ende der Dollarvorherrschaft auf Finanz- und Warenmärkten vor. Die USA stemmten nur 10 % des Welthandels und 15 % des Welt-BIP, aber die Hälfte der Handelsrechnungen und 2/3 aller Versicherungen würden in US-Währung abgewickelt.

Orthodoxe (Niedrigzinsen) und unorthodoxe (QE) Mainstreamkonjunkturpolitik liegen sich mit den (Post-)KeynesianerInnen und AnhängerInnen der modernen Monetärtheorie (MMT) in den Haaren. Letztere betonen, dass die großen Volkswirtschaften in säkularer Stagnation verweilten trotz der Rezepte ihrer neoklassischen KontrahentInnen. Darum müsse der Fiskus ran. Der Staatshaushalt soll sich verschulden und dadurch den Zusammenbruch der Nachfrage aufhalten. Die AnhängerInnen der MMT favorisieren ein Anwerfen der Notenpresse ohne Deckung durch Ausgabe von Staatsanleihen.

Beider Grundannahme ist jedoch falsch. Schuld an der Wirtschaftskrise ist nicht eine schwache Gesamtnachfrage. Die Haushaltsnachfrage in den meisten Nationalökonomien ist relativ stark. Menschen geben sogar mehr Geld für Konsum aus, z. T. durch billige Kredite gefördert. Es ist vielmehr der andere Teil der Nachfrage, die Investitionen

ins Geschäft, der zusehends nachlässt. Doch dafür ist die sinkende Profitabilität verantwortlich, nicht sinkende Endverbraucher Ausgaben! Daran können die Verbilligung des Kredites, Steuergeschenke für die Reichen und Superreichen ebenso wenig ändern wie Konjunkturprogramme (siehe Japan in den letzten Jahrzehnten).

BRD-Wirtschaft auf der Kippe

Schon heute drückt sich das Problem der kapitalistischen Weltwirtschaft vielmehr darin aus, dass immer größere Massen von Kapital nach profitträchtiger Anlage suchen. Inflationsbereinigt bringen weltweit 25 Billionen US-Dollar keine Rendite mehr. Senkt die Fed ihre Leitzinsen weiter, dürfte diese Summe auf 30 Billionen steigen.

Sichere risikolose Erträge gibt es also heutzutage nicht mehr. Mit ihrer Politik zur Stützung der jeweiligen nationalen Kapitale oder ihres Wirtschaftsblocks versuchen die Zentralbanken, die Risiken der Einzelkapitale zu reduzieren, was notwendigerweise dazu führt, Anreize für Geld zu schaffen, in riskantere Anlagen zu gehen. Als solche gilt vorzugsweise die sog. Realwirtschaft, weil sie die geringsten Renditen abwirft und am Beginn

einer Rezession steht. Das ist auch der Hintergedanke bei Spekulationen der Europäischen Zentralbank (EZB) um weitere Leitzinssenkungen. Risikoinvestitionen werden aber v. a. in Aktien getätigt. Selbst China hält sein (nachlassendes) Wachstum nur durch massive staatliche Kredithilfen aufrecht. Sein größtes Konjunkturprogramm der Menschheitsgeschichte 2009 katapultierte die Gesamtverschuldung von Staat, Privatleuten und Unternehmen von 164 % seines BIP (2008) auf 271 %.

Der deutschen Konjunktur haben alle geldpolitischen Maßnahmen der EU nichts genützt und werden es auch weiterhin nicht. Ein Ende der Erholung am Arbeitsmarkt ist in Sicht. Bundesarbeitsminister Heil (SPD) bastelt bereits an einem „Gute Arbeit von morgen“-Gesetz zur Erleichterung und Umgestaltung von Kurzarbeit.

Exportindustrie

Die Exportindustrie befindet sich in einer Rezession. Innerhalb weniger Monate wurden die Wachstumsprognosen von über 2 auf 0,7 % gesenkt. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet für 2019 nur noch mit einem BIP-Plus von 0,5 %. Im Herbst 2018 waren es noch 1,8 %. Zum Vergleich: 2018 wuchs die Wirtschaft um 1,5 %. Bereits im 3. Quartal 2018 war

das BIP um 0,2 % gesunken, ohne dass es damals schon zu einer Rezession gekommen wäre. Von dieser spricht man erst, wenn die Wirtschaft in 2 Quartalen in Folge abnimmt.

Im Juli schrumpfte das verarbeitende Gewerbe so stark wie seit 7 Jahren nicht mehr. Laut Konjunkturindikator des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) lag das Rezessionsrisiko im Juli noch bei 36,6 %, Mitte August bereits bei 43 %. Vom 1. zum 2. Quartal 2019 schrumpfte das bundesdeutsche BIP um 0,1 %. Anfang dieses Jahres stieg es noch um 0,4 %. Die Aktienkurse dagegen befinden sich in anhaltendem Höhenflug.

Der Handelskrieg, dem voreilig die Schuld für die Misere in die Schuhe geschoben wird, ist eher ein Zusatzrisiko als eigentliche Ursache der Konjunktur abdämpfung. Bisläng ist er noch gar nicht voll ausgebrochen. Die Autoabsatzmärkte wachsen kaum noch, auch nicht in China. Gleichzeitig wird die Branche durch E-Mobilität und autonomes Fahren umgekremgelt. Aus dieser Gemengelage – Absatzeinbruch und unsichere Rentabilitätszukunft – resultiert der Handelskrieg, wo sowohl um Absatzmärkte wie um technologische Führerschaft (Elektromobilität, Plattformunternehmen, Daten, Telekommunikation) gekämpft wird. Mit

Investitionskontrollen, Exportbeschränkungen und dem Schutz geistigen Eigentums (Patente) wird darum gestritten, wo die Zukunftstechnologien angesiedelt sein werden.

Vor diesem Hintergrund droht der BRD-Industrie auf die Füße zu fallen, was lange als ihr Erfolgsmodell galt: ihre massive Orientierung auf den Export. Die Autoexporte waren in den ersten 7 Monaten um 14 % rückläufig. Zusätzlich stecken Autoindustrie und Banken in einem tiefen Strukturwandel. Klar ist auch, die drohenden Verwerfungen und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit wirken sich dämpfend auf die Exporte ins Vereinigte Königreich aus. Auch die Nachfrage aus Italien hat spürbar nachgelassen – ein/e SchelmIn, wer dabei an die dortigen politischen Turbulenzen denkt?

Kampf gegen kommende Krise

Im Baugewerbe, bei den Dienstleistungen und im Einzelhandel läuft es derzeit noch recht gut, doch in der Industrie dafür umso schlechter. Der Maschinenbau meldet für das 1. Halbjahr 2019 einen Auftragsrückgang um 9 % gegenüber dem Vorjahrszeitraum und rechnet schon für 2019 mit 2 % Produktionsrückgang, was es seit der Großen

Rezession und Finanzkrise

nicht gab. Ähnliches gilt für die Chemieindustrie. BASF will weltweit 6.000

Stellen abbauen, die Hälfte davon in der BRD. Die Deutsche Bank hat das Aus für

Tausende Jobs angekündigt. Abbaupläne im vierstelligen Bereich gibt es auch bei

Bayer, Ford, Siemens, Thyssen-Krupp und VW.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit – letztere wohl

verbunden mit Umschulungszwang, wo es doch eine strukturelle Komponente in der

kommenden Rezession geben wird (Banken, Automobil) – drohen drastisch

zuzunehmen. Die Gewerkschaften setzen jedoch weiter auf Sozialpartnerschaft.

Diesmal heißt die Verpackung „Zukunftstarifverträge“.

Angesichts der kommenden Rezession in Deutschland

und weltweit stecken sie den Kopf in den Sand.

Nach der Großen Rezession 2009 und den Kosten

für die Rettungsprogramme von Großkapital und Weltwirtschaft sind die Reserven

der kapitalistischen Staaten und Regierungen zur Gegensteuerung viel geringer,

wenn nicht erschöpft. Die Krise wird außerdem die Konkurrenz weiter verschärfen

– und macht damit eine global koordinierte Politik der Großmächte fast

unmöglich. Wahrscheinlich ist vielmehr die Verschärfung des Kampfes um die

Neuaufteilung der Welt, um die Kosten der Krise auf die jeweilige Konkurrenz

abzuwälzen.

Ganz sicher wird die nächste Rezession die ArbeiterInnenklasse, die Bauern- und BäuerInnen, die Massen in den vom Imperialismus beherrschten Ländern treffen. Umweltzerstörung und Kriegsgefahr werden ebenfalls steigen.

Die ArbeiterInnenbewegung muss der Bourgeoisie ihr eigenes Anti-Krisenprogramm entgegenhalten, den Kampf gegen alle Entlassungen, die Verkürzung der Arbeitszeit und Aufteilung der Arbeit auf alle, die Enteignung der Banken und Konzerne und einen Plan nützlicher, sinnvoller sozialer und ökologischer öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen zu Tariflöhnen und unter ArbeiterInnenkontrolle.

Vor allem aber bracht sie eine Politik des Klassenkampfes, von Demonstrationen, Besetzungen, politischen Massenstreiks in den einzelnen Branchen und Ländern. Vor allem aber müssen die Aktionen von Beginn an international koordiniert stattfinden. Im Kampf gegen eine globale Krise hilft nicht der Schulterschluss mit dem „nationalen“ Kapital, sondern nur Internationalismus!